

Zur historischen Dimension der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik

Vorbemerkung

Die Auswahl der hier besprochenen Einzelstudien und Sammelbände ist subjektiv, also durch die Interessen des Rezensenten bedingt. Es wurde dabei darauf geachtet, daß es sich um Studien aus der ersten Phase dieser für die Bundesrepublik neuen Forschungsrichtung handelt, in der es vor allem um deren eigene Selbstfindung ging. Diese Anfangsphase kann seit etwa 1972/73 als relativ abgeschlossen gelten. Die Maßstäbe der Bewertung sind eingengt durch die in der Überschrift des Berichts sich ausdrückende Absicht. Was heißt in diesem Zusammenhang *historische Dimension*? Entsprechend der ursprünglichen Bedeutung des Wortes *historia* ist damit in erster Linie die aus der (eigenen) *Erfahrung* gewonnene *Erkenntnis* gemeint, die, wie auch in anderen Wissenschaften, mehr oder minder eng mit der Lebenspraxis derer verbunden ist, die sich mit Friedens- und Konfliktforschung beschäftigen. Dabei ist nicht nur der Frage nachzugehen, inwieweit der Transfer der Ergebnisse historischer Forschung zu anderen Wissenschaften zu wünschen übrig läßt; damit hängt auch die Frage zusammen, ob und inwieweit die Friedens- und Konfliktforschung durch die von ihr verarbeiteten Erfahrungen konkreter Forschung (vgl. D. Senghaas, *Kritische Friedensforschung*, S. 315) zu Einsichten gelangt, die die Geschichtswissenschaft dazu zwingen, den ihr zugrundeliegenden (synchronischen wie diachronischen) Erfahrungsbegriff wie auch die mit diesem verknüpften Fragestellungen und Erklärungsansätze zu überprüfen¹.

Leider war es aus Platzgründen nicht möglich, in einer abschließenden Zusammenfassung die Einzelkritik systematisch aufzunehmen und ausführlicher darzulegen, welche der in der Friedens- und Konfliktforschung benutzten Grundbegriffe (z. B. Herrschaft, Macht, Interesse, Gewalt, Konflikt, Emanzipation, »positiver« und »negativer« Friede) und Annahmen historisch zu kurzatmig benutzt werden oder auf unilinearen Kausalitätsmodellen beruhen. Vielleicht kann dies in einem späteren Bericht nachgeholt werden. Die folgende Gliederung der einzelnen Abschnitte der Sammelrezension verfolgt lediglich den praktischen Zweck der größeren Übersichtlichkeit, enthält also keine Hierarchie der Wertigkeit der einzelnen Themen.

Am Anfang stehen Abschnitte über konzeptionelle Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, wobei ausländische Beiträge, die die hiesige Forschung stark beeinflussen, einbezogen werden (besonders in den Sammelbänden). Danach geht es um Arbeiten zur quantitativen Kriegsursachenforschung, zur Kriegsverhütung und zum Problem der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, zur Rüstungskontrolle, zu Militärhilfe und Waffenhandel. Sodann werden einige Beiträge zur neueren

¹ Zu diesem Problem vgl. Wolfram Wette, *Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zu »Das Parlament«) 7/74, S. 3–31, bes. S. 19 ff.

Imperialismusforschung und zur Disziplin Internationale Beziehungen vorgestellt, Problembereiche, die zur Friedens- und Konfliktforschung gehören wie »die Henne zum Ei« (vice versa). Ihnen folgen einige Arbeiten von Historikern zu Fragen von Krieg und Frieden (Historische Friedensforschung)² sowie schließlich diverse Einzelstudien und Sammelbände.

1. Konzeptionelle Ansätze in der Friedensforschung

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studie zur Kritik organisierter Friedlosigkeit (= Kritische Studien zur Politikwissenschaft), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 320 S., Pb., 18 DM.

Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg (= Sozialwissenschaft in Theorie und Praxis, Bd. 4), 2. unv. Aufl., Rombach Verlag, Freiburg 1969, 408 S., Ln., 32 DM.

Johan Galtung, Modelle zum Frieden. Methoden und Ziele der Friedensforschung, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1972, 101 S., Folieneinbd., 4,80 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung (= edition suhrkamp 478), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1971, 2. Aufl. 1972, 444 S., kart., 10 DM.

Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, hrsg. i. A. des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V., Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf:

Bd. I: Karl Kaiser (Hrsg.), Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik, 1971, 313 S., Folieneinbd., 26 DM.

Bd. II: Theodor Ebert/Dieter Senghaas/Gerda Zellentin (Hrsg.), Friedensforschung und politische Praxis, 1972, 220 S., Folieneinbd., 26 DM.

Bd. III: Ulrich Albrecht/Lothar Brock/Egbert Jahn/Christiane Rajewsky (Hrsg.), Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, 1973, 196 S., Folieneinbd., 21 DM.

Paul Noack, Friedensforschung – ein Signal der Hoffnung? (= Bonn-aktuell), Eurobuch-Verlag, Freudenstadt 1971, 152 S., Folieneinbd., 10,80 DM.

Senghaas versucht in seiner Studie »Abschreckung und Frieden« in umfassender Weise die Abschreckungsdoktrin kritisch zu durchleuchten. Er beginnt mit zwei historischen Beiträgen zum Verhältnis von Politik und Krieg bei Clausewitz und Ludendorff. Im Beitrag über Clausewitz stellt Senghaas Ziele und Formen der Kriegführung vor 1789 verkürzt dar. Nicht in erster Linie die Schutzbedürftigkeit der Produktivkräfte hat zur »Hegung« des Krieges im 18. Jahrhundert beigetragen, sondern die Erfahrung der mit größter Erbitterung geführten Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts hat hier prägend gewirkt. Diese Bürgerkriege trugen entscheidend zur Monopolisierung der Gewaltmittel im Inneren der Staaten bei, ein Prozeß, dem die Entwicklung der staatlichen Souveränität nach außen korrelierte. Ebenso wenig leuchtet seine Feststellung ein, daß die von Ludendorff formulierte »faschistische« Doktrin des totalen Krieges ihrer Vorgängerin, der »liberalen« Theorie von Clausewitz, gleiche, die lediglich ihre Hemmungen verloren habe. Hier werden die völlig verschiedenen Erfahrungshorizonte beider Doktrinen außer acht gelassen: Clausewitz fürchtete die Beteiligung der Massen am Kriege, während Ludendorff 1917/18 die progressive Abnahme des Massenenthusiasmus

² Zur ersten Einführung vgl. Wolfgang Huber, Friedensforschung und Geschichte, in: Internationale Dialogzeitschrift 4, 1971, S. 291–301, sowie Kurt Jürgensen, Der Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Friedensforschung, in: Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, hrsg. von Eberhard Jäckel und Ernst Weymar (Festschrift für Karl Dietrich Erdmann), Stuttgart 1975, S. 238–252.

fürchten gelernt hatte («Nur dann verdient das Volk einen Feldherrn, wenn es sich in seinen Dienst, d. h. in den Dienst des Führers des totalen Krieges stellt»). Vom Engagement her verständlich, methodisch aber problematisch, geht Senghaas vor, wenn er in seiner Kritik der Abschreckungsdoktrinen – also von den extremen Positionen der Eskalationsstrategie Hermann Kahns und von den Theoretikern des *protracted conflict*, Possony und Strausz-Hupé, her – die logische Struktur des gesamten Abschreckungsdenkens und -handelns aufdecken will. Dies führt zu Widersprüchen. So spricht er von dem Zirkel, der dem Prinzip Abschreckung von Anfang an eigentümlich gewesen sei: »Dem Gegner lückenlos die Chance der Falsifikation der an ihn gehefteten Erwartungen aggressiven Verhaltens zu verbauen« (S. 76). Andererseits räumt er ein, daß die militärische Beziehung zwischen potentiellen Feinden nicht dem Modell eines absoluten Gegensatzes entspricht, sondern durch eine »eigenartige Mischung von Konflikt und Kooperation geprägt wird« (S. 97). In dieser Erkenntnis hat die Arms-Control-Schule ihren Ausgangspunkt. Insoweit ist fraglich, ob die Abschreckung über ihren instrumentellen Charakter hinaus als »umfassende Psychostrategie« (S. 129) gekennzeichnet werden kann. Ähnlich problematisch ist das »vorsichtige Ja«, mit dem Senghaas die Frage beantwortet, ob das sozialökonomische System des Westens von der Entwicklungsstufe des amerikanischen zu seiner Reproduktion eines äußeren Feindes bedarf (S. 158). Zweifellos gibt es mächtige Gruppen, die ohne solche Feindbilder nicht überleben zu können meinen. Aber es gibt auch einflußreiche Gegenströmungen, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß es keine allgemein verbindliche Basisideologie in den westlichen Ländern gibt, die wie in dem vom Marxismus-Leninismus geleiteten Herrschaftssystem offiziell den Kampfcharakter des politisch-sozialen Prozesses betont und hinter der sich ein Konfliktbegriff verbirgt, der dem des Nullsummenspiels sehr nahe kommt. Damit soll die Fruchtbarkeit der Autismus-These von Senghaas keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt, sondern lediglich dazu aufgefordert werden, ihre jeweiligen Ursachen und ihre Reichweite genauer zu bestimmen. Ebenso wenig zu bestreiten sind die aus dem »autistischen Milieu« immer wieder von Neuem entstehenden Tendenzen zum *overselling*, *overcommitment* und zur *worst-case*-Analyse, die insgesamt die kollektive Intelligenz von Abschreckungsgesellschaften schwächt (S. 188 f.). Diese Erkenntnis ist um so fataler, als die Menschheit in ihrer politischen Organisation um ein »vielfaches komplexer« geworden ist und die Ansprüche an die kollektive Intelligenz der weit über hundert Nationen rapide gewachsen sind (S. 266). Die Forderung von Senghaas, der einzig mögliche Realismus in Friedensbemühungen sei die »Demontage des Abschreckungssystems« (S. 294), läßt, so berechtigt sie ist, die Frage offen, *was wie* und in *welchem* Zeithorizont danach kommt.

Stellt der gewaltfreie Aufstand nicht nur eine »Alternative zum Bürgerkrieg«, sondern auch – langfristig gesehen – ein *funktionales Äquivalent* zur Abschreckung in internationalen Systemen dar? *Theodor Ebert* versucht in seiner bekannten Studie Teilantworten auf diese Fragen zu geben. Bei der Analyse des Modells einer gewaltfreien Aktion orientiert er sich an Karl Deutschs Theorie des sozialen Lernens: Mißtrauen und Kommunikationsprobleme, die sich aus Gewaltakten ergeben, »lassen den aktuellen oder potentiellen Täter und die mit ihm Sympathisierenden vom normalen zum pathologischen sozialen Lernen tendieren« (S. 34). Nach Ebert sind »gewaltlose« von »gewaltfreien« Aktionen dadurch unterschieden, daß die ersteren gewaltsame Aktionen in späteren Eskalationsstufen nicht ausdrücklich ausschließen. Hingegen erhalten Kampagnen und Aufstände die zusätzliche Qualität »gewaltfrei« dadurch, daß die Teilnehmer solcher Bewegungen von vornherein die Gewaltfreiheit als die *ultima ratio* festlegen und dem Gegner bekanntmachen. Diese Mitteilung wie auch die Trennung von Rolle und Person des Gegners stellen wesentliche Grundzüge der Strategie der gewaltfreien Aktion dar. Dabei wird von der Definition des Konflikts durch K. E. Boulding ausgegangen, wonach

der Gegner nicht nur *ein anderer* sei, der niedergeworfen oder aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden könne, sondern daß er als Teil desselben sozialen Systems wie der Widerstandskämpfer oder der Aufständische zu betrachten sei (S. 55). Der Gegner wird gewissermaßen als »Gefangener« seines eigenen Herrschaftssystems angesehen. Für Historiker besonders interessant sind die Einsichten über die zentralen Motivationen, auf die die Aufständischen durch ihre gewaltfreien Aktionen einwirken wollen (Friede und Wohlfahrt, Selbstverwirklichung, Macht und Prestige). Zur Umorientierung dieser und anderer Motivationen der bisher Herrschenden sollen auf verschiedene Weise funktionale Äquivalente geschaffen werden. In allen gewaltfreien Aktionen steht das Organisationsproblem im Mittelpunkt, dies um so mehr, da die Beteiligung an solchen Aktionen grundsätzlich freiwillig ist, weil es den Zielen der Gewaltfreiheit widerspräche, über die Selbstverpflichtung der Beteiligten hinaus auf Unbeteiligte oder unfreiwillig Beteiligte Risiken abzuwälzen, die jeder nur für sich übernehmen kann. Eberts eigenes Engagement in gewaltfreien Aktionen trübt ihm in der Regel nicht den Blick für die Reichweite, die begrenzten Erfolge und die Fehler, die in den bisherigen Aktionen begangen wurden. Dennoch weist die Studie erhebliche Mängel auf. So wird etwa bei der Behandlung des politischen Streiks kaum unterschieden, ob es sich dabei jeweils um Abwehrstreiks handelt, bei denen bestehende Rechte verteidigt werden, oder um Angriffsstreiks, in denen politische Ziele (z. B. das allgemeine Wahlrecht) durchgesetzt werden sollen. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß sich Ebert mit den Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen in Regimen, die in politischer, sozialer, ökonomischer und kommunikativer Hinsicht über ein Monopol des Mitteleinsatzes wie der Zwecksetzung verfügen, nicht systematisch auseinandersetzt. Die von ihm herangezogenen Erfahrungen (der indische Unabhängigkeitskampf, die Kampagnen der englischen Atomwaffengegner und der amerikanische Rassenintegrationskampf sowie die südafrikanische Anti-Apartheid-Bewegung) stellen Beispiele von Konflikten in Ländern dar, in denen es eine teilweise fungierende Öffentlichkeit gibt oder zumindest die Möglichkeit besteht, die Öffentlichkeit außerhalb genauer zu informieren, in denen dazu die Möglichkeit besteht, sich zu organisieren, und in denen das Recht auf *dissent* seit Jahrhunderten anerkannt ist (die beiden letztgenannten Elemente gelten allerdings kaum für Südafrika). Durch diese Kritik wird der Wert dieser Arbeit, die zum erstenmal in deutscher Sprache die Probleme gewaltfreier Aktionen in umfassender Weise zu analysieren versucht, nicht gemindert. Historiker sollten sich durch diese Studie Eberts wie durch die Arbeiten anderer Theoretiker der gewaltfreien Aktion dazu provozieren lassen, ihrerseits die geschichtliche Wirklichkeit nach den Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen zu befragen, und dabei auch die komplexen Verflechtungen solcher Aktionen mit stärker institutionalisierten Konfliktformen (Parlamente, Arbeitskämpfe, Massenmedien) in den Blick nehmen.

Galtung's kleine Schrift »Modelle zum Frieden« ist schon deshalb interessant, weil sie der Ausdruck des Versuchs ist, auf dem Wege einer Vortragsreihe der dänischen Funkuniversität (1966) die Ergebnisse der Friedensforschung einer größeren Öffentlichkeit bekanntzumachen. In der Einleitung werden auch einige Daten aus Galtung's Biographie mitgeteilt. Charakteristisch für Galtung war von Anfang an die Unterteilung in *negativen* und *positiven* Frieden: Frieden, so hieß es schon 1959, dürfe nicht nur die Abwesenheit von Krieg bedeuten, und auch nicht nur ein gewisses Maß an demokratischen Werten und einen hohen Lebensstandard. Neben der Frage, wie Krieg vermieden wird, steht also die positive Fragestellung, wie Frieden zur Schaffung einer Welt beitragen kann, in der sich die Menschen verwirklichen können. Grundlegend ist auch, daß nach Galtung's Meinung der Friedensforscher kein Vaterland hat, »sein Ziel ist das Welt-system für sich« (S. 33). Galtung erörtert dann Ziele und Mittel der Friedensforschung, Modelle zur Verteilung militärischer und nichtmilitärischer Macht, subnationale Frie-

densmodelle, die Organisation der internationalen Gesellschaft, supranationale Friedensmodelle sowie Zukunft und Rolle der Friedensforschung. Hinsichtlich der Fragen, die sich innerhalb des subnationalen Friedensmodells stellen, weist Galtung darauf hin, daß die Parteien des Zentrums *gradualistischer* eingestellt sind und die der Peripherie *absolutistischer*. Das Zentrum will, sofern es Änderungen wünscht, kleine Änderungen, während die Peripherie entweder völlige Stabilität oder große Veränderungen will (S. 47). Galtung betrachtet die Gesellschaften einzelner Länder und die dort bestehenden Beziehungen zwischen den Menschen, aus denen er Hypothesen über die Beziehungen zwischen Nationen zu entwickeln sucht. Er geht dabei von Deutschs Einteilung der Umwelt des Menschen in eine Anzahl von Ebenen (Familie, Clan, Dorf, Stamm, Provinz, Stadt, Nation, Kontinent und schließlich die Weltgesellschaft) aus. Die Frage, mit welcher Ebene sich der einzelne Mensch am meisten identifiziere, beantwortet Galtung: mit der Ebene, von der er am meisten oder zumindest viel erhält an materieller Bedürfnisbefriedigung, an Liebe, an Sicherheit und Geborgenheit, an vielerlei Werten (S. 80). Anregend ist Galtungs Gedanke — und hier orientiert er sich an G. Myrdal —, die Vereinten Nationen sollten eine »Wohlfahrtswelt« aufbauen, in der über die Unterorganisationen Leistungen angeboten würden, die Loyalitätsfonds für die Weltgesellschaft schaffen würden. Die einzelnen Nationen leisteten bisher dreißigmal mehr als die Weltgesellschaft (S. 82–84). In diesem Beitrag von 1966 zeigt sich Galtung eher skeptisch gegenüber der Möglichkeit, zu sagen, welchen der vielen Wege zum Frieden man nehmen solle. Für die Friedensforschung sei eher charakteristisch, daß sie versuche, Erfahrungsmaterial zu sammeln, um den Wert jedes Vorschlags zur Förderung des Friedens zu erhellen. Von Interesse für die Geschichte der Friedensforschung ist auch, daß Galtung hier das Eingeständnis macht, daß, im Unterschied zu den schon älteren Instituten für Außenpolitik, die Friedensforschung sich verhältnismäßig selten mit aktuellen Konfliktherden beschäftigt, nicht aus Desinteresse, sondern aus einem Gefühl der Unzulänglichkeit heraus, weil die Aussagen, die man auf wissenschaftlicher Basis »über etwas so kompliziertes wie den Vietnam-Konflikt« machen könne, über das hinaus, was ein guter politischer Journalist sagen könne, verhältnismäßig bescheiden seien (S. 94). Es ist kein Zweifel, daß Galtung diesen Standpunkt inzwischen längst revidiert hat. Dies zeigt sich in dem von *Senghaas* herausgegebenen Sammelband über »*Kritische Friedensforschung*«, in den drei spätere Beiträge von Galtung aufgenommen worden sind. Neben Vertretern der skandinavischen kritischen Friedensforschung (*Herman Schmid* und *Lars Dencik*), deren Thesen sehr zur Revision der Auffassungen Galtungs beigetragen haben, sind hier auch Arbeiten von *Deutsch*, *Senghaas*, *Singer*, *Vilmar* und *Rapoport* enthalten. *Senghaas* nennt vor allem die »konkreten politischen Erfahrungen der späten 60er Jahre« als Ursache für den Wandel der Themen und Fragestellungen wie auch der Erklärungsansätze in der Friedensforschung. *Senghaas* versucht einen objektiven Interessenbegriff in dreifacher Hinsicht zu differenzieren: Zunächst geht er von einer gruppensoziologischen Fundierung »subjektiven Interessiertseins« aus, wobei die Bezeichnung »subjektiv« dann als problematisch erkannt werden müsse, wenn es sich bei diesen partikularen Gruppen nicht um periphere, sondern um herrschende handle. Aus der Sicht der *topdogs* sei dieser Interessenbegriff konservativ angelegt. Während es beim ersten Interessenbegriff entweder um die Addition subjektiver Interessen oder um den Ausdruck der Interessenlage einer bestimmten Gruppe in einem Verband von Gruppen geht, wäre dieser zweite Begriff von objektiven Interessen in einem viel fundamentaleren Sinn zu begreifen, weil es hier um die Bewahrung bzw. Änderung ganzer Gesellschaftsordnungen gehe. Während von den *topdogs* aus der Versuch gemacht werde, Reproduktionschancen zu garantieren und eventuell zu erweitern, würden in diesem Typ von objektiven Interessen die *underdogs* versuchen, potentiell erreichbare, aber durch ungleiche Verfügungsmöglichkeiten über den gesell-

schaftlichen Reproduktionsapparat verstellte Lebenschancen zu verwirklichen. Da angesichts der wachsenden Komplexität von Gesellschaftsordnungen mit höherer Entwicklung die Folgen gesellschaftlichen Handelns nicht derart kalkuliert werden könnten, wie es zweckrationales Handeln voraussetze, bedürfe es eines dritten Ansatzes: »nämlich der Bestimmung der empirischen Wahrscheinlichkeit, intendierte objektive Interessen durch subjektives Handeln auch tatsächlich zu erreichen« (S. 14–16). Während das Begriffspaar *topdog-underdog* auf ein in der Friedensforschung inzwischen gängiges, aber die Wirklichkeit zu sehr vereinfachendes dichotomisches Modell hinweist, leuchtet gerade dieser letzte Hinweis ein, weil dadurch der mit den Interessen und ihren objektiven Realisationschancen verbundene Konfliktbegriff mehrdimensionaler angelegt ist und auf triadische Beziehungen hinweist.

H. Schmid geht in seiner Analyse des Zusammenhangs von Friedensforschung und Politik davon aus, daß Konflikt auf inkompatiblen Interessen beruhe, die in die Struktur des Systems eingebaut seien, in welchem der Konflikt situiert sei. Ein Klassenkonflikt z. B. sei nicht deshalb ein Konflikt, weil die Klassen inkompatible Ziele hätten, einander bekämpften und haßten. Vielmehr sei er ein Konflikt, weil die Gesellschaftsstruktur dergestalt sei, daß die eine Klasse verliere, was die andere gewinne (S. 44). Dies ist allerdings nur bei einem fundamentalen Konflikt richtig, wo totale Ungleichheit in den Mitteln und in den Zielsetzungen herrscht. Angesichts dieser Auffassung erstaunt es nicht, daß Schmid es nicht für sehr sinnvoll hält, das Etikett »Friedensforschung« überhaupt noch beizubehalten.

Galtung geht in seinem Beitrag über Gewalt, Frieden und Friedensforschung auf derlei Einwände ein und versucht eine Definition des Gewaltbegriffs: »Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflußt werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist, als ihre potentielle Verwirklichung« (S. 57). Galtung unterscheidet dabei zwischen physischer und psychischer Gewalt, wobei die erstere noch einmal zu unterteilen ist in die Zufügung physischen Schmerzes (ihre extremste Form ist das Töten), in die »biologische Gewalt« (die die physischen Fähigkeiten vermindert, so daß sie geringer werden als die potentiellen) und die »physische Gewalt an sich«, die die Bewegungsfreiheit der Menschen beschränke. Diese Differenzierung des Gewaltbegriffs weist nur ungenügend auf die Zusammenhänge hin. Wo physische Gewalt angewandt wird, wird meist auch psychische Gewalt geübt, da die erstere ein Mittel ist, das sich (außer in Krieg und Bürgerkrieg) schnell abnutzt; wo vorrangig Methoden der psychischen Gewalt angewandt werden, steht physische Gewalt meist als Drohung im Hintergrund. In seiner Typologie der Gewalt betont Galtung, daß es keinen Grund zur Annahme gebe, daß strukturelle Gewalt weniger Leiden bringe als personale Gewalt. Die manifeste strukturelle Gewalt in den Ländern der mittel- und lateinamerikanischen Hemisphäre (und nicht nur dort) fordere bereits jährliche Opfer in der Größenordnung von Nuklearkriegen (S. 86). Diese These weitet den Begriff der strukturellen Gewalt in einer Weise aus, die diesen Begriff unhandlich macht. Wie steht es z. B. mit religiösen Einstellungen, die wesentlich die rapide Bevölkerungsvermehrung mitverursachen, deren Abschaffung aber von der Bevölkerung als Verkümmern ihrer Selbstverwirklichung aufgefaßt würde? Zuzustimmen ist seiner Auffassung, daß die Friedensforschung sich mehr auf asymmetrische Konflikte konzentrieren müsse. In zwei weiteren Beiträgen beschäftigt sich Galtung mit dem Pluralismus und der Zukunft der menschlichen Gesellschaft sowie mit Theorien des Friedens. Dabei unterscheidet er vier Typen von Gesellschaft, die durch zwei Variablen bestimmt sind: die kollektiv-individualistische und die vertikal-horizontale. In der kollektivistischen Gesellschaft liege der Akzent auf dem, was den Menschen gemeinsam ist, in der individualistischen Gesellschaft werde das betont, was die Menschen voneinander unterscheide. In der vertikalen Gesellschaft liege der

Schwerpunkt auf Ungleichheit, in der horizontalen auf Gleichheit (S. 164 f.). Auf die Frage, woher die Ungleichheit komme, gibt Galtung als vorläufige Antwort: »Die Ungleichheit kommt von einer bestimmten Art und Weise der Organisation des Interaktionsprozesses« (S. 166). Dieser Befund klammert die einfache Erfahrung (die jedermann schon in Primärgruppen wie der Familie machen kann) aus, wonach die Natur die Menschen mit körperlichen und geistigen Gaben sehr unterschiedlich ausgestattet hat. Diese Einsicht darf nicht zur Resignation führen, sondern soll vielmehr das politische Handeln dazu motivieren, den Interaktionsprozeß so zu organisieren, daß gerade auch schwächere Begabungen sich entfalten können. Galtung greift auf die utopische Tradition zurück und gewinnt daraus 15 Kriterien, wie eine horizontale und individualistische, »postrevolutionäre« Gesellschaft beschaffen sein soll. Indirekt kommt Galtung auf das Problem ungleicher Begabung im Zusammenhang mit der Frage zu sprechen, inwieweit eine (nicht sonderlich reiche, aber auf Gleichheit ausgehende) »postrevolutionäre« Gesellschaft einer (neomodernen) »postindustriellen« Gesellschaft, die auf Wachstum ausgeht, überlegen sein würde (S. 216–18). Die Grundfrage ist – und hier müssen sich aus der Natur der Sache heraus viele Theorien und Annahmen in den Haaren liegen –, ob eine mehr auf Gleichheit orientierte Gesellschaft wesentlich statischer sein würde als eine mehr die Unterschiede betonende Wachstumsgesellschaft. Im ersteren Fall wäre die *Gleichheit* wohl kaum auf Dauer aufrechtzuerhalten, nicht einmal durch physischen oder psychischen Zwang, etwa durch von oben verordnete Leitbilder und Wertsysteme, weil solche Zwänge wieder sehr *ungleiche* Verfügungspositionen voraussetzen. Die Ausführungen von *Deutsch* und *Senghaas* enthalten einige beachtenswerte Hinweise zum Problem der wachsenden Fehleinschätzung bei dem angestrebten Erfolg von Kriegen im 20. Jahrhundert (S. 106 und 146). Von Interesse ist auch die Diskussion über den »Schumpeter-Effekt«, in der sehr ausführlich zwischen Schumpeters allgemeinen Thesen, denen zugestimmt wird, und seiner spezifischen Schlußfolgerung unterschieden wird, nach der das auf kognitiven Verzerrungen (»Atavismus«) beruhende kriegerische Verhalten in erster Linie auf Aristokratie- und Grundbesitzergesellschaften beschränkt sei, während kapitalistische Gesellschaftsordnungen sich eher an Rationalität und Frieden orientierten (S. 128). Auch wenn die These richtig ist, daß das Versagen von nationalen Regierungen in der Frage von Krieg und Frieden sich in der Vergangenheit in eher zunehmendem Maße erwiesen hat, bleibt doch die Frage, ob der aus der Psychoanalyse entwickelte Begriff der »Ich-Schwäche« von Staaten in diesem Zusammenhang weiterführt. In der Interaktion von individuellen Antrieben – insbesondere bei den in solchen Krisen entscheidenden Akteuren – und den kollektiven Antrieben (bei den »spontanen« wie bei den »manipulierten«) laufen Prozesse ab, deren Komplexität noch kaum empirisch erforscht ist. Von Bedeutung in diesem Band ist auch *Denciks* Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. Er weist vor allem darauf hin, daß die Benutzung assoziativer Technik nicht eingesetzt werden soll in ungleichgewichtigen (asymmetrischen) Konflikten; das würde nur die Macht der *topdogs* vermehren, denn ihre starke Verhandlungsposition würde sie begünstigen. Es zeigt sich auch hier, daß das Begriffspaar symmetrisch und asymmetrisch nur zu Bestimmungen relationaler Größen geeignet ist, die jeweils auf den verschiedenen Ebenen sehr verschiedene Asymmetrien aufweisen, die sich zum Teil ausbalancieren. Die totale Asymmetrie stellt eher einen Grenzfall dar. Seine Strategie zur Lösung von Konflikten sagt nichts aus über die immer wieder drohende Überwältigung der Zwecke durch die Mittel gerade auch in revolutionären Krisen. Dencik strebt eine Friedensforschung mit dem Ziel der »Subversion und Revolution« an; aus ihr wird also »Revolutionsforschung« (S. 267). Schließlich entwickelt *Fritz Vilmar* einen »systematischen« Entwurf zur »Kritischen Friedensforschung«, der für Historiker schon deshalb von Interesse ist, weil sozialgeschichtliche, sozioökonomische sowie ideologie- und motivationsgeschichtliche Faktoren an erster

Stelle genannt werden. Von Bedeutung ist auch, daß Vilmar, entgegen der Vorstellung von der friedlichen Urgesellschaft (sei sie idealistisch oder materialistisch konzipiert), die Entfaltung des gesellschaftlichen Herrschafts- wie Militarisierungs- und Kriegsprozesses auf objektive Lebensbedingungen, den materiellen und intellektuell-technologischen Mangel und einen dissoziierten »geopolitischen« Menschheitszustand zurückführt. Fraglich bleibt dagegen, ob die »objektive Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft« den kapitalistischen Nationalismus tatsächlich hervorgebracht hat. Am Schluß des Bandes ist eine Erklärung »*Zum Stand kritischer Friedensforschung*« abgedruckt, die auf einer wissenschaftlichen Tagung in Berlin im April 1971 angenommen wurde. Dabei wird noch einmal die unterschiedliche Ausgangssituation der beiden Orientierungen der kritischen Friedensforschung deutlich. Während die eine Konzeption von der Hypothese ausgeht, daß sich personale und strukturelle Gewalt überwinden läßt, indem durch gewaltfreie Aktionen Macht von unten entwickelt wird, lehnt die andere Konzeption eine instrumentell verstandene Gegengewalt nicht grundsätzlich ab (S. 417). Bei der letzteren Schule wird das Problem deutlich, daß eine Orientierung an den Interessen der *underdogs*, so gerechtfertigt sie ist, zu Verzerrungen in der Wahrnehmung kommen muß, weil der Gegner als der Feind, als der »ganz andere« gesehen werden muß, damit die Motivation zum gewaltsamen Konflikt nicht absackt.

Der erste Band des *Jahrbuchs für Friedens- und Konfliktforschung* enthält die Referate und Diskussionsbeiträge des ersten wissenschaftlichen Kolloquiums der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im Mai 1970 in München. Dort referierten u. a. C. F. von Weizsäcker, K. W. Deutsch, S. Schnippenkoetter, D. Senghaas, J. Joffe, G. Wettig und Th. Ebert. Es war das erste Mal in der BRD, daß »traditionelle« und »Kritische« Friedensforscher in dieser umfassenden Weise die Grundlagen ihrer Konzeption öffentlich diskutierten. In Weizäckers Einführung zum Tagungsthema (*Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik*) drückt sich große Skepsis aus, die traditionelle Struktur der Machtpolitik ändern zu können. Es sei ein »fast wahnsinniges Unternehmen«, 6000 Jahre Menschheitsgeschichte ändern zu wollen. Karl Deutsch geht in seinem Referat von der These aus, daß sich Gesellschaften heute schneller verändern als der Lebenszyklus des Individuums. Dies beleuchtet nur eine Seite des Problems. Der schnellere Wandel betrifft vor allem die technischen Mittel von Kommunikation und Organisation, kaum aber kollektive Verhaltensstile und Mentalitäten, wie wir sie in Institutionen und mehr oder minder organisierten Gruppen finden. Hier kann es sein, daß die Wandlungsgeschwindigkeit der Individuen erheblich höher ist als die von Gruppen und Institutionen. Deutsch lehnt die direkte Interesseninterpretation des Rüstungswettlaufs ab und benutzt zur Erklärung eine Theorie der kognitiven Korruption (S. 45). Dies bringt ihm in der Diskussion den Vorwurf ein, daß sich die Heranziehung von kommunikationstheoretischen und sozialpsychologischen Kategorien als Fluchtweg erweisen könne, weil die Analyse von Lernpathologien letztlich nicht mehr an historisch-konkreten Formen der sozialen Organisation festgemacht werde (L. Brock, S. 56). Deutsch entgegnet mit dem Hinweis auf die Mutter Courage von Brecht, in der die Widersprüchlichkeit der Interessen symbolisiert werde: Ihre gewinnbringenden Operationen enden im Tod ihrer Kinder (S. 58). Die von Senghaas hier vorgenommene Analyse von Drohhpolitik versucht das Abschreckungssystem als »idealtypische Grenzkonstellation« (S. 95) und damit als Folie zu benutzen, vor deren Hintergrund weniger extreme Konstellationen und deren Mischungsverhältnisse von Konflikt und Kooperation sowie deren Beziehungsstrukturen aufgehellt werden sollen. Problematisch ist auch die These, daß ideologische Konflikte »nicht realistische« Konflikte (vgl. L. Coser) seien. Dahinter steckt ein wesentlich materiell bestimmter Interessenbegriff. Es gibt ebenso elementare Bedürfnisse nach Sinn, die in Ideologien wenigstens teilweise eine Befriedigung finden können. Im Unter-

schied zu Senghaas, der von einer Tendenz zur Lückenlosigkeit der Abschreckung ausgeht, weist *Joffe* auf Lücken im Abschreckungssystem sowie auf den Unterschied zwischen Abschreckung und Verteidigung hin. Er zitiert Untersuchungen in den USA über »images of nations«, die kaum intensive Feindbilder in der Bevölkerung aufgewiesen hätten. In seinen Schlußbemerkungen zu einer Welt »jenseits der Abschreckung« weist er auf das Problem hin, nicht nur die Realität, sondern auch die Potentialität des Krieges aus einer Welt zu entfernen, in der keine effektive supranationale Institution Sicherheit und Wandel gewährleiste. Ohne diesen Schritt werde Drohpolitik weiterhin eine überragende Rolle in der internationalen Politik spielen. Auf ähnliche Weise wendet *G. Wettig* ein, die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen zeige, daß letztlich der Wille und die Fähigkeit zur Gewaltanwendung die jeweiligen Entscheidungen herbeigeführt hätten. Hier bestand die Gefahr, daß aneinander vorbeigeredet wurde, denn Wettigs Erklärung des Vietnam-Krieges, die auf eine reine Fehldeutungsthese hinausläuft, vermag nicht die spezifischen Ursachen auszumachen, die im politisch-sozialen System und in den dort wirkenden Verhaltens- und Perzeptionsmustern liegen. In der Diskussion weist Senghaas unter anderem darauf hin, daß im Unterschied zur Innenpolitik in den internationalen Beziehungen viele Leerräume bestünden. Dadurch gebe es nur wenige Möglichkeiten, durch reale Austauschbeziehungen eigenes Verhalten zu korrigieren, ohne die Identität zu verlieren (S. 209). *Theodor Ebert* geht in seiner Abhandlung über Verteidigung ohne Drohung vor allem auf die soziale Verteidigung, die aus der gewaltfreien Aktion heraus entwickelt wurde, ein. Im Unterschied zur Drohpolitik der nuklearen Abschreckung spricht Ebert von der Warnungswirkung der sozialen Verteidigung, die den Gegner nicht bedrohe. Dies ist ungenau. Denn »im Ernstfall« muß soziale Verteidigung so umfassend wie möglich darauf aus sein, auch das soziale und politische System des Besetzers zu verändern. Ebenso problematisch ist die These von der »wirtschaftlichen Unrentabilität« von Besatzungspolitik. Hier gibt es nicht nur einen weiten Fächer von mittel- und längerfristigen Kalkulationen, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, daß Rentabilitätsgesichtspunkte anderen (machtpolitischen, ideologischen) Überlegungen nachgeordnet sind. Weiter unbeachtet blieben das Problem des Vorhandenseins mehrerer Besatzungsmächte sowie die Rolle »fünfter Kolonnen«. Ebenso ist es denkbar, daß ein Gegner zuerst mit einigen A-Waffen die Bevölkerung demoralisiert sowie das Kommunikationsnetz und die Organisationsstruktur so weit zerstört, daß die zerschlagene Struktur nicht den Gegner behindert, wohl aber die soziale Verteidigung entscheidend erschwert. Eberts erweitertes Konzept der sozialen Verteidigung aus diesen und anderen Gründen als »Schreibtischkonzept eines kastrierten Guerillakrieges« zu bezeichnen (U. Schmitz, S. 281), ist dennoch unangemessen. Dieser Vorwurf blieb weit unter dem Niveau der Diskussion, die nur begrenzte Lernerfolge bei den beiden »Schulen« der Friedensforschung mit sich brachte.

Im zweiten Band des Jahrbuchs (*»Friedensforschung und politische Praxis«* mit Beiträgen von *Senghaas, Narr, Horn, Kuhn, Delbrück, Vilmar, Rosenblatt, Ebert, Scheer, Jochheim, Benedict, Beckmann*) macht *Narr* zu Recht darauf aufmerksam, daß Theorie der Erfahrung nur »im begrenzten Maße vorlaufen« kann (S. 24). Dabei müßte man noch genauer sagen, daß nur solche Theorien politisch, d. h. handlungsorientiert, sind, in deren analytischen Horizont wie Strategieentwurf bisherige Praxis als geronnene Erfahrung eingegangen ist. *Klaus Horn* gibt in seinem Beitrag zur Sozialpsychologie von Kommunikation und Interaktion unter Konfliktbedingungen den wichtigen Hinweis, daß plötzliche Urbanisierung einer überwiegend analphabetischen Bevölkerung zum signifikanten Ansteigen der Akte kollektiver Gewaltsamkeit führt (S. 45). Vielleicht wäre es von Bedeutung, im Zusammenhang mit den Theorien über den Faschismus (auf die *Horn* hinweist) z. B. einmal die Reichweite der von *H. A. Turner* formulierten Thesen vom Faschismus als »utopischem Antimodernismus« zu prüfen. *Horn* vertritt auch die These,

daß organisierte Friedlosigkeit Symptome einer paranoiden Inversion aufweisen, in der die Kommunikation entdifferenziert werde, das Feindbild eine Eigendynamik erhalte und die unbekannt gewordenen Weltaspekte mit einer »willkürlichen Sinnbesetzung« verbunden würden (S. 50 f.). Von Interesse ist der Begriff »Kommutation« (das sich Miteinanderwandeln zweier Länder, Systeme), mit dem *Fritz Vilmar* den Begriff der Konvergenz ersetzen und friedenspolitische Lernprozesse zwischen Ost und West beschreiben will. Es wäre eine interessante Untersuchung, einmal historisch nachzuweisen, wie sich die gegenseitige Lernbereitschaft der beiden deutschen Staaten – ein Aktionsfeld, auf das uns Vilmar unmittelbar verwiesen sieht – verändert hat und wo positives Lernen negatives Lernen dominiert.

H. J. Benedict gibt in der Analyse der Radikalisierung der amerikanischen Friedensbewegung während des Vietnam-Krieges eine Reihe interessanter Hinweise, so z. B. den, daß die Kritik der Vietnam-Veteranen für viele Amerikaner ein aktiver Wendepunkt war. Sie hätten damit zur Verhinderung einer drohenden »Faschisierung der Innenpolitik« beigetragen und die Friedensbewegung für viele Menschen als vernünftige Alternative erscheinen lassen (S. 202). Hier wäre es von Interesse, einmal zu untersuchen, wie stark durch die beiden Weltkriege und die dort entstandene Millionenschar von Veteranen die vorhandenen Tendenzen zum *grass-root*-Militarismus entscheidend gefördert wurden und wie stark diese kollektive Einstellung beim Entstehen und bei der langen Duldung des Vietnam-Krieges mitgewirkt hat.

Im Band III des Jahrbuches geht es um »*Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern*« (mit Beiträgen von u. a. *U. Albrecht, S. Doernberg, E. Jahn, E. Krippendorff, L. Mates, V. Rittberger, H. Rosenfeld, D. Senghaas*). In einem Beitrag über unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Vorstellungen eines europäischen Sicherheitssystems versichern die DDR-Wissenschaftler *S. Doernberg* und *H. Roede* sehr eifertig, die Divergenz der beiden Systeme werde sich nicht nur fortsetzen, sondern vertiefen, da ihnen auseinanderstrebende und unvereinbare innere Gesetzmäßigkeiten zugrunde lägen. Diese »objektive Tendenz« könne und dürfe eine neue, höhere Qualität ihrer Zusammenarbeit nicht ausschließen (S. 16). Die Begründung für die etwas widerspruchsvollen Feststellungen wird gleich mitgeliefert: Neben der Divergenz als der einen Realität in Europa gebe es als zweite Realität das Nebeneinanderbestehen der beiden Systeme und ihr Interesse, einen nuklearen Krieg und Gefahren seiner Entfesselung auszuschalten.

E. Krippendorff stellt im folgenden Beitrag die Frage »Kollektive Sicherheit oder internationaler Klassenkampf?«. Die Fragestellung macht deutlich, daß er beide Begriffe als Gegenbegriffe versteht. Der Klassenkampf, der *per se* internationaler Klassenkampf sei, könne durch staatliche Kollaboration nicht überwunden werden. In vier Thesen versucht der Autor den Rahmen einer Diskussion des Gegensatzes von kollektiver Sicherheit und internationalem Klassenkampf abzustecken. Dieser Rahmen, der an einem wenig differenzierten Imperialismusbegriff orientiert ist, erfaßt aber nur ein relativ schmales Segment der Wirklichkeit. Fragwürdig ist auch Krippendorffs Behauptung, daß multinationale Unternehmungen den aktiven Staat in den Metropolen und die staatliche Zersplitterung an der Peripherie brauchten. Nach aller Erfahrung (vgl. etwa die Kooperation der »Multis« mit einigen osteuropäischen Ländern) sind die Spitzenmanager dieser Unternehmen daran interessiert, Kontrahenten zu haben, die das auch einhalten können, was sie zusagen. In seinem Referat über Rüstungsdynamik als restriktive Bedingung in Versuchen einer Überwindung des Ost-West-Konflikts weist *D. Senghaas* auf den administrativ-militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplex und die damit verbundene »konfigurative Kausalität« der Rüstungsdynamik hin (S. 48–55). Von Interesse ist weiter der Beitrag von *Volker Rittberger* zur Problematik der Truppenverminderungs-

verhandlungen in Wien (MBFR). Seine Erklärung zur Genesis des MBFR-Projekts ist allerdings unzureichend. Es waren nicht die osteuropäischen Länder, die seit Mitte der 60er Jahre erneut (d. h. im Unterschied zu den 50er Jahren) die Forderung nach Truppenreduzierung in die Diskussion brachten, sondern vor allem die SPD in der Bundesrepublik, die auf ihrem Dortmunder Parteitag (Anfang Juni 1966) ein solches Konzept formulierte. *L. Mates* (Belgrad) stellt fest (»Die soziopolitische Bedeutung einer internationalen Kooperation«), daß der ideologische Antagonismus nicht das Hauptmotiv für den Kalten Krieg gewesen sei. Die Probleme der praktischen Politik, vor allem die gegensätzlichen Auffassungen über die Neugestaltung der Verhältnisse in Deutschland, seien entscheidend gewesen (S. 120–22). Ebenso folgten die Beziehungen zwischen Washington, Moskau und Peking nicht der Ideologie, sondern dem Gesetz der Symmetrie innerhalb des Dreiecks (S. 125). *E. Jahn* erörtert die gesellschaftspolitische Relevanz internationaler Zusammenarbeit; er behauptet – orientiert u. a. an L. von Stein – die Inkompatibilität von internationalem Frieden und antagonistischen Gesellschaften (S. 130). Es fragt sich, ob seine Bezeichnung der sowjetischen Produktionsweise als »etatistisch«, die sich »fundamental« von der kapitalistischen Produktionsweise unterscheidet, weiterführt (S. 137). Ähnlich wie Krippendorff meint Jahn, »daß weder die Demokratie, noch der Sozialismus in einem staatlich gegliederten internationalen System zu verwirklichen sind« (S. 154). Die Überblicksdarstellung von *Paul Noack* (»Friedensforschung – ein Signal der Hoffnung?«) wird nicht nur deshalb aufgeführt, weil es bisher nur wenige solcher allgemeinverständlicher Berichte über die Friedensforschung gibt, sondern weil sich hier zeigt, daß ein eher konservativer Liberaler relativ unvoreingenommen die verschiedenen Ansätze referiert. Noack macht zu Recht auf einige Gefahren aufmerksam, die auch sechs Jahre später teilweise fort dauern: Gefahr drohe von der Aufspaltung in »gute« und »böse« Forschung. Weiter plädiert er dafür, daß es besser weniger Ergebnisse als halbfertige geben solle. Noack betont den hohen Wert historischen Denkens in der Friedensforschung (so etwa bei C. F. von Weizsäcker, S. 76), ist aber selbst nicht von historischen Vereinfachungen frei. So meint er, daß der Ausgangspunkt von Rousseaus Überzeugung die Forderung gewesen sei, daß erst das Verhältnis der Menschen untereinander verändert werden müsse, bevor sich das Verhältnis der von ihnen gebildeten Staaten verändern könne. Rousseau sei damit zum Vorläufer jener Friedenskämpfer geworden, die die Revolution forderten, um zum Frieden zu gelangen (S. 42). Hier wird die Geschichte von rückwärts gelesen. Bei Rousseau ist der Fortschrittsgedanke noch keineswegs mit der Revolution verbunden. Der Revolutionsbegriff Rousseaus und der zeitgenössischen Aufklärung ist immer noch an einmalige und kurzfristig ablaufende Staatsumwälzungen gebunden (»Glorreiche Revolution« von 1688); auch bei Rousseau gilt der Gedanke, daß menschlicher Fortschritt am ehesten durch Aufklärung und Erziehung zu erreichen sei.

2. Ansätze zur Konflikttheorie und »Gewaltlehre«

Walter L. Bühl (Hrsg.), *Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie* (= nymphenburger texte zur wissenschaft. modelluniversität 1), Nymphenburger Verlag, München 1972, 306 S., Folien-einbd., 18 DM.

Lewis A. Coser, *Theorie sozialer Konflikte* (= Sammlung Luchterhand 58), Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin (1965), 1972, 193 S., kart., 8,80 DM.

Christian von Ferber, *Die Gewalt in der Politik. Auseinandersetzung mit Max Weber* (= Urban-Taschenbücher, Reihe 80, Nr. 804), Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, 119 S., Pb., 7,20 DM.

Sven Papcke, *Progressive Gewalt. Studien zum sozialen Widerstandsrecht* (= Texte zur politischen Theorie und Praxis; Fischer Taschenbuch 6501), Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt 1973, 542 S., kart., 8,80 DM.

W. Bühl betont in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband, der ältere und neuere Ansätze zur soziologischen Konflikttheorie enthält (*Simmel, Galtung, Aubert, Mc Clelland, Schelling, Rapoport*), daß es sich beim Konflikt um ein mehrdimensionales Geschehen handle und zwischen den Ebenen und Sektoren des Konflikts, z. B. dem ökonomischen Interessenkonflikt, dem Herrschaftskonflikt, dem Sozialrangkonflikt, dem ideologischen oder dem Wert- und Normenkonflikt, kein *notwendiges* Folgeverhältnis angenommen werden könne. Jede ernsthafte Forschung werde behindert, wenn *a priori* angenommen werde, daß beispielsweise der grundlegende Konflikt immer ein materieller Interessenkonflikt sei und alle anderen Konflikte nur Epiphänomene dieses »Basiskonflikts« seien (S. 11). Bühl glaubt feststellen zu können, daß bei der Zugrundelegung dreier methodologischer Grundsätze (der sozialen Kontextbezogenheit des Konflikts sowie seiner Mehrdimensionalität und seiner funktionalen Ambivalenz) die Reihe der soziologisch relevanten Arbeiten bedenklich zusammenschumpfe, so daß schließlich keine »Konflikttheorie, sondern nur eine Reihe von zwar vielversprechenden, aber nur wenig miteinander verbundenen Theorieperspektiven und Untersuchungsansätzen« übrigbleibe.

Zuzustimmen ist Bühls Wendung gegen den »Black-boxismus«, auf dessen engen Zusammenhang mit monistischen Gesellschaftsauffassungen hingewiesen wird. Solche Theoreme sieht er sowohl im liberalistischen (Dahrendorf/Coser) wie im sozialistischen Konfliktmodell (Marx/Engels und Nachfolgetheorien) (S. 16). Bühl geht von drei Komponenten der Konfliktaustragung aus: der Form des Konfliktmechanismus, dem sozialstrukturellen Kontext und dem Mittel der Konfliktaustragung. Er kommt dabei zu einem zweidimensionalen Klassifikationsschema mit einer Prozeßkomponente (intentionale oder situative Konfliktaustragung) und einer Strukturkomponente (Intra-System-Konflikt oder Inter-System-Konflikt), wobei diese beiden Dimensionen, die oft eng miteinander verbunden sind, nur analytisch unterscheidbar sind (S. 36 f.). Bei der Theorie des Aushandelns (*bargaining*) zeigt er, daß es hier nicht um einen reinen Zweipersonen-Konflikt geht, sondern durch die Einschaltung von Beauftragten und durch gleichzeitiges Verhandeln mit mehreren Partnern der soziale Handlungsraum beträchtlich erweitert wird. In der funktionalistisch-normativen Konflikttheorie wird die triadische Struktur der Konfliktaustragung besonders deutlich, weil sie in der Form von relativ unabhängigen Institutionen und Personen institutionalisiert ist. Im vierten Ansatz, in der *spieltheoretischen* Darstellung des Konflikts, sei der Soziologie klargemacht worden, welche primitiven Annahmen der klassischen Konflikttheorie zugrunde liegen (S. 42). Bühl kommt, orientiert an Simmels triadischem Paradigma, schließlich zu vier Grundannahmen, die über die »klassische« Konflikttheorie hinausweisen: 1. Es ist auszugehen von der (inneren) »Heterogenität« der Konfliktparteien; 2. der Konflikt muß mehrdimensional und mehrzeitig begriffen werden; 3. Konflikte werden in einem multipolaren Feld ausgetragen; 4. statt von der Nullsummenannahme muß die Konfliktsoziologie von der Annahme einer Macht-, Wert- und Vertrauensschöpfung bzw. -vernichtung ausgehen.

Daraus leitet er 10 Maximen ab, die zu einer Revision der Konfliktstrategie führen sollen (S. 48–55). Mit diesen Maximen wird sich auch in der historischen Friedens- und Konfliktforschung arbeiten lassen, wenn dabei immer beachtet wird, wie groß die jeweiligen Symmetrien und Asymmetrien hinsichtlich Rationalität, Macht etc. der Konfliktparteien am Ausgangspunkt, im Verlauf und am Ende eines Konflikts sind und daß diejenigen, die ihn beginnen, diejenigen, die ihn tragen, und diejenigen, die von ihm hauptsächlich profitieren, oft sehr verschiedenen Gruppen angehören.

Im folgenden ist *Georg Simmels* Abhandlung über den »Streit« (1908) abgedruckt, die nach wie vor interessante Beobachtungen über den Wandel der sozialen Kämpfe enthält. Von Bedeutung sind auch Simmels Bemerkungen zum Konkurrenzkampf, zumindest in dessen reiner Form, weil hier der Kampf indirekt ist, weil der Kampfpreis sich nicht in der Hand eines der Gegner befindet und die Entscheidung des Kampfes für sich noch nicht den Zweck des Kampfes realisiert (S. 88 f.). Diese Einsicht läßt sich offenbar nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die politische Konkurrenz benutzen. Die Abhandlung *Mc Clellands* über »Systemtheorie und Konflikt« enthält auch eine Reihe von Hinweisen zu den in den späten 1950er Jahren entstandenen Arbeiten über die Konflikte im internationalen System (Boulding, Schelling und Rapoport), in denen von der ursprünglichen Frage, die bisher in der Analyse internationaler Beziehungen dominierte (»wer tut wem was?«), abgegangen wurde und das Hauptgewicht auf den Grundsatz verlegt wurde: »Verstehen, was *wir* tun, und verstehen, was *sie* tun«. Von Bedeutung ist, daß er erste Antworten auf die Frage, wie sich die Regierenden aus dem komplexen Netzwerk von internationalen Interaktionsbeziehungen befreien und weit genug aus der Gefahrenzone heraushalten können, weniger aus der Systemkonzeption, sondern eher von historischen Analysen und Vergleichen erwartet (S. 227). »Was uns fehlt, ist nämlich eine Analyse von Systemen und ihren Funktionsbedingungen sozusagen, kurz vor dem Umbruch« (S. 231). Diesem Desiderat kann sich der Historiker nur anschließen.

Schelling macht in seinem Beitrag (Versuch über das Aushandeln) deutlich, daß der Stärkere und Geschicktere in Aushandlungssituationen in keiner Weise universelle Vorteile habe, sondern seine Fähigkeiten oft einen negativen Wert hätten (S. 237). Von Interesse für Historiker ist auch Schellings Skala der institutionellen und strukturellen Charakteristika der Verhandlung sowie die Bedeutung der Selbstbindung insbesondere im Zusammenhang mit Drohungen. Ebenso läßt sich die Taktik der Zerlegung von Problemen und ihren Lösungen auf Drohungen anwenden (S. 259).

Rapoports Abhandlung über »Kataklysmische und strategische Konfliktmodelle« (1966) stellt die Auffassungen Clausewitz' und Tolstois vom Kriege gegenüber. Während Clausewitz eine »rationale« Theorie des Krieges vertritt, sind nach Tolstoi die Nationalstaaten unbewußt wirkende Kräfte der historischen Dynamik. Der englische Physiker und Meteorologe L. F. Richardson, der mehr als 30 Jahre seines Lebens der mathematischen Untersuchung des Krieges widmete, knüpft an Tolstois Vorstellung vom Krieg als unbewußt dynamischem (kataklysmischem) Konflikt an. Rapoport betont, daß die »Bestätigung« von Richardsons Modell außerordentlich schwach gewesen sei, weil die Anzahl der Daten gering und die Indices für die internationale Feindseligkeit zu grob gewesen seien. Rapoport fordert eine Typologie der Kriege, eine Aufgabe, an die Richardson nicht herangegangen sei. Trotz dieser Kritik an Richardsons Auffassung vom Krieg als einer *Seuche* ist Rapoport Kritik an Hermann Kahns Eskalationsstrategie, die an Clausewitz anknüpft, sehr viel grundlegender. Insbesondere wird gezeigt, daß Kahns Annahme, die »Erpressungsdiplomatie« lasse sich gewissermaßen wie ein Schachspiel aufziehen, naiv ist. Rapoport gelingt es, deutlich zu machen, daß sich in solchen Konflikten, die wie das Schachspiel als Nullsummenspiel verlaufen, der Begriff der Rationalität in eine individuelle Rationalität und eine kollektive Rationalität aufspaltet. Das Bild der Entmenschlichung, das die strategische Literatur dieser Art biete, sei vor allem durch die Loslösung der Konfliktstrategie vom Inhalt und den Zielen des Konflikts gekennzeichnet. Am Schluß macht Rapoport durch das Spiel, das er »Gefangenen-Dilemma« (prisoners' dilemma) nennt, deutlich, daß es zu der paradoxen Situation kommt, daß man durch vernunftgemäßes, im strategischen Sinn fehlerloses Argumentieren zu Entscheidungen gelangt, die in einem praktischen Sinne schlecht sind (S. 291).

Cosers vielzitierte »Theorie sozialer Konflikte« geht von Simmels Arbeit über den »Streit« aus und versucht, die dortigen Ergebnisse weiterzuentwickeln. Coser unterscheidet zwischen der Verschiebung der Mittel (der Konflikt wird nicht ausgetragen) und der Verschiebung der Objekte. Letztere führt dazu, daß der Konflikt mit einem Ersatzobjekt geführt wird (S. 48 f.). Diesen letzteren Konfliktstyp (z. B. Antisemitismus) bezeichnet er als unechten Konflikt, weil es hier nur um funktionale Alternativen in den Objekten gehe, während es im echten Konflikt funktionale Alternativen in den Mitteln gebe (S. 57 f., 183). Coser weist auch auf die negativen Reaktionen solcher Gruppen hin, die, wie etwa religiöse Gemeinschaften oder Parteien, mit einer totalen Weltanschauung und straffer zentraler Organisation danach streben, die ganze Persönlichkeit einzubeziehen, und bei Abweichung, etwa bei »Renegatentum«, sich in einer Weise verhalten, die nur noch übertroffen wird von der Ablehnung des Häretikers, weil dieser Mitbewerber bei der Auslegung der Weltanschauung ist. Hier verkürzt Coser allerdings den Zusammenhang, wenn er Robert Michels zustimmend zitiert, der bei Häretikern vor allem die Konkurrenzsituation beim Ziel der Machterringung betont. Hier geht es nicht zuletzt um die existentielle Frage der *Sinnggebung* von Gruppen, Parteien etc. Von Bedeutung sind auch Cosers Bemerkungen über den Zusammenhang von Kriegen mit dem Entstehen zentralistischer Staaten (S. 102 ff.) sowie die Hinweise auf die verschiedene Einschätzung der äußeren Konfliktsituation durch Bolschewiki und Menschewiki beim Schisma 1902/03. Coser spricht auch das den Historikern wohlvertraute Problem der tatsächlichen oder vermeintlichen Machtasymmetrie zwischen den Konfliktparteien an, das produktive Konfliktlösungen oft schon im Ansatz verhindert. Er kommt zu dem Fazit – und hier trifft er sich mit Bühl –, daß »Konflikt dazu neigt, für eine soziale Struktur dysfunktional zu sein, in der es keine oder nur eine ungenügende Tolerierung und Institutionalisierung von Konflikt gibt« (S. 184).

Christian von Ferbers Auseinandersetzung mit Max Webers Vorstellung von der Bedeutung der Gewalt in der Politik unterscheidet – ähnlich wie Habermas – drei gesellschaftliche Funktionen der Wissenschaften: 1. die instrumentell-technische, 2. die emanzipatorische und 3. die konfliktsimulierende Funktion. Während die erste Funktion gesellschaftliche Strukturen erzeuge und Zweck-Mittel-Systeme entwerfe, emanzipiere die zweite Funktion die Innovation »von ihren naiven Elementen und macht die Wissenschaftstheorie und die Kreativität des Denkens thematisch« (S. 23). Dagegen wird die konfliktsimulierende Funktion als Alternative zum strategischen Handeln verstanden: Dieser Charakter gehe um so deutlicher hervor, je mehr der Kampf ruinösen Charakter anzunehmen drohe. Von diesem Wissenschaftsverständnis aus werden die Thesen Max Webers zum politischen Handeln kritisiert. Nach Ferbers Auffassung schöpfe Webers Feststellung des Primats der Politik bei gleichzeitiger Garantie einer ehrbaren Expertenkontrolle die Chancen keineswegs aus, die für die sozialwissenschaftliche Forschung eine Abtrennung von Politik (im Sinne der kategorialen Herauslösung der Sozialwissenschaften aus dem Primat der Politik) eröffnet habe (S. 50). Während der allgemeine Sprachgebrauch jedes bewußte (planvolle und zielgerechte) Handeln mit dem Ausdruck »politisch« belege, habe Max Weber diese Bezeichnung dem »staatlichen« Handeln vorbehalten, das zur Durchsetzung seiner Absichten notfalls auf das von ihm monopolisierte Mittel der Gewaltsamkeit zurückgreifen kann. Gewaltsames Gemeinschaftshandeln hat Max Weber in der Tat als etwas schlechthin »Urwüchsiges« angesehen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. W. J. Mommsen hat schon 1965 Webers Herrschaftssoziologie als eine mit Machiavelli und Hobbes vergleichbare »Soziologie der Macht« etikettiert. Von Interesse ist die Tatsache, wie Ferber den Kontrast zwischen der Urtümllichkeit und Außergeschichtlichkeit (staatlicher) Gewalt und der gleichzeitigen Identifizierung des Politischen mit einer hochgezüchteten Bürokratisierung erklärt. Max

Webers Definition stehe deutlich im Dienste einer demaskierenden Wirkung. Der entseelte Mechanismus einer zweckrational geordneten Gesellschaft erhalte im politischen Handeln ein kompensatorisches Gegenüber (S. 70). Im Punkt Selbstentfremdung gibt es – darauf hat schon Karl Löwith hingewiesen – in der Tat eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen Weber und Marx. Ferber ist darin zuzustimmen, daß die »Strukturblindheit« der Weberschen Begriffsbildung zu Verzerrungen führen kann. Dennoch geht er zu weit, wenn Webers Definition des charismatischen Führers wie auch sein Begriff des Politischen in eine Nähe zu den Vorläufern des Faschismus gerückt wird (S. 61). Immerhin muß Ferber einräumen (S. 113 f., Anm. 40), daß es Weber im Unterschied zu Carl Schmitt (auch wenn sich dieser auf ihn beruft) um politisches Handeln als Instrument *schöpferischen* Wandels ging. Sicherlich ist bei Weber manches vereinfacht und auf die zeitbedingten Vorstellungen des nationalen Machtstaates zurückzuführen. Aber Webers Begriff des Politischen ist insoweit noch nicht obsolet, als es sich bei Herrschafts- und Verfügungspositionen nach wie vor um einen faktischen (mehr oder minder legitimierten) politisch-sozialen Auftrag zu einem von der Gesellschaft sonst im Vorgriff *nicht* regelbaren Verhalten handelt, worauf schon F. Tenbruck hingewiesen hat. Auf diesen Zusammenhang ist Ferber nicht eingegangen.

Papckes Studien zum sozialen Widerstandsrecht mit dem anspruchsvollen Titel »Progressive Gewalt« verstehen sich als »ein geschichtsanalytischer Beitrag zur Friedensforschung« (S. 17). Die »kritische Kratologie« (Gewaltlehre), die er vertritt, will den »Sinn« von Gewalt nur aus ihrer sozialen Verwendung ermitteln und bestreitet, daß Gewalt als »soziologischer Primärfaktor« gelten könne. Mit einer überquellenden Fülle von Belegen, die zumeist im Entweder-Oder-Stil benutzt werden, versucht er Hinweise auf »topologische Gegebenheiten und historische Momente zu einer Chronik von Gewaltmitteldefinitionen« zu geben. Formulierungen wie die vom »strikten Grenznutzen von Gewalt« (ebda.) geben vor, streng rational zu sein. Was soll aber das ökonomische Vokabular in Prozessen, wo es unmittelbar um Menschenleben geht? Überholt ist die Orientierung an Lorenz von Steins Interessenbegriff (Papcke spricht immer von »Leopold« v. St., vgl. S. 25 und 86). Im II. Teil, wo noch am ehesten der Test für die Annahmen *im historischen Kontext* versucht wird, nämlich bei der Entwicklung der politischen Rollendifferenzierung der Gewalt aus der Parteikonstellation der Französischen Revolution, geht er über Probleme, die in dem Zusammenhang fundamental sind, ziemlich lässig hinweg. Es ist keineswegs müßig zu fragen, wer letztlich den Krieg 1792 in Europa entfesselte (S. 94). Robespierres Kampf gegen die aus sehr verschiedenen Interessen zum kriegerischen Konflikt treibenden Gruppen in Frankreich war nicht nur durch die Einsicht motiviert, daß man nicht mit Waffen missionieren könne, sondern auch von der Sorge getragen, daß gerade im Falle eines siegreichen Krieges die Freiheit Gefahr laufen könne, einem ehrgeizigen General zum Opfer zu fallen – eine weitsichtige Prognose, wie wir heute wissen. Dahinter steckte auch die Furcht vor einer allgemeinen Militarisierung, durch die eine neue Klassengesellschaft und ein neues System von Privilegien geschaffen würde. Die Eindimensionalität von Papckes Interpretation wird auch darin deutlich, daß er Trotzki's These zitiert, wonach der Gewaltverzicht der Systemopposition der Verkenntung der Schwerkraft gleichkäme (S. 200). Dabei wird übersehen, daß die Bolschewiki nach 1917 nicht nur im Bürgerkrieg, sondern auch nach der Etablierung ihrer Herrschaft die »andere Seite« eine außerordentliche Steigerung des Gewaltrefinements gelehrt haben, was im faschistischen und nationalsozialistischen Schrifttum sehr gut erkennbar ist (vice versa). Im Sinne dieser undifferenzierten »Kratologie«, die nicht einmal die Möglichkeit in den Blick nimmt, daß beim Gewalthandeln wie nirgendwo sonst die *Mittel* die Tendenz haben, die *Zwecke* zu überwältigen und sich an deren Stelle zu setzen, ist es nur konsequent, daß die Breschnew-Doktrin indirekt gerechtfertigt

und der alte Engels für seine Aussage kritisiert wird, daß das siegreiche Proletariat keinem fremden Volke irgendeine Beglückung aufzwingen könne, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben (S. 393 f.). Schließlich nimmt es nicht Wunder, daß er über die kritische Friedensforschung nur mit ziemlicher Herablassung urteilt (S. 412) und das Problem der Gewaltfreiheit überhaupt nicht diskutiert. Die Schriften von Th. Ebert oder G. Sharp erscheinen nicht einmal im Literaturverzeichnis, offensichtlich weil die dort enthaltenen Konzeptionen der »Kratologie« zu sehr *quer*liegen.

3. Quantitative Kriegsursachenforschung

Klaus Jürgen Gantzel, System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung (= Krieg und Frieden. Beiträge zu Grundproblemen der internationalen Politik), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, 374 S., Folieneinbd., 38 DM.

Gantzel versucht in dieser Arbeit (einer Mannheimer sozialwissenschaftlichen Habilitationsschrift) eine »Verklammerung von kritischer Sozialphilosophie, historisch-genetischer Perspektive, analytischer Wissenschaftslogik und präziser empirischer Methodik« (S. 14). Ähnlich wie Deutsch, Senghaas und Singer sieht er in der Analyse von Krieg einen »Schlüssel zur Untersuchung der Totalität der modernen Gesellschaft; der Krieg als Extrem macht die Normalität einsehbar und enthüllt Strukturen des Friedens« (S. 30). Das Problem der analytischen Ansatzhöhe bei politometrischer Kriegsursachenforschung ist der Gegenstand des 1. Teils der Studie. Dabei geht es u. a. um die Darlegung einzelner Theorien (mit symmetrischem bzw. mit asymmetrischem Konfliktverständnis), um die Rolle der Beobachtungseinheiten in den wichtigsten metatheoretischen Ansätzen (strukturell-funktionalistische, kritische System-, Feld-, Verhaltenstheorie) wie auch um die Aufhellung der *black boxes*, wobei der Staat als Akteur, nicht ohne Originalität, als »grey box« definiert wird (S. 106 f.). Zu Recht weist *Gantzel* darauf hin, daß eine Reihe von Theorien wie etwa die Lewinsche Feldtheorie zwar den Faktor »Zeit« und damit die historische Dimension berücksichtigt, allerdings nur zu komparativ-statistischen Zwecken. *Gantzel* vermag in diesem Zusammenhang allerdings keine Alternative aufzuzeigen. Diese wäre vielleicht darin zu suchen, daß die Eigenstruktur politischen Handelns unter raum-zeitlichen Bedingungen analysiert werden müßte und ein komplexerer Kausalitätsbegriff entwickelt würde, der das lineare Kausalitätsmodell verläßt und die Vernetzung der Ursachen-Folgen-Ketten annähernd zu beschreiben in der Lage wäre. Dadurch könnten insbesondere auch die meist »unbeabsichtigten« Haupt- und Nebenfolgen in die Untersuchung einbezogen werden. Immerhin weist *Gantzel* auf die Unumgänglichkeit mikroanalytischer Struktur- und Prozeßanalysen hin (S. 90). Inwieweit *Gantzels* Bemerkung, daß bei Senghaas die Bedeutung der psychischen Voraussetzungen *über-* und die der institutionellen Faktoren *unterschätzt* werden (S. 122), zutreffend ist, bleibt sehr die Frage. *Gantzel* selbst weist auf den zwischen den politischen Organisationsformen und den psychischen Strukturen einzelner Akteure bzw. Gruppen von Akteuren bestehenden Zusammenhang hin. Je stärker in autoritären Regimen oder gar Diktaturen das persönliche Regiment ausgeprägt ist oder je zentralisierter das Regierungssystem angelegt ist, desto eher können in Krisenfällen — also auch in der Entscheidung über Krieg und Frieden — die Strukturen einzelner Persönlichkeiten ausschlaggebend sein (S. 140). Problematisch ist *Gantzels* Einwand gegen die den Transaktionsanalysen zugrundeliegende These, wonach enge transaktive Verbindungen die Gefahr gewaltsamen Konfliktausgangs verringern. *Gantzel* führt hier die historische Erfahrung ins Feld, wobei die industriell-kommerziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die in den 1930er Jahren wesentlich enger als lange nach dem Krieg bis in die 60er Jahre hinein

gewesen sein sollen (S. 153), als Beispiel dienen. Selbst wenn diese Behauptung richtig sein sollte – was sehr zweifelhaft ist –, sagt dies nichts aus über die Intensität der Verflechtung wirtschaftlicher Interessen in Schlüsselbereichen. Inkonsistent ist auch Gantzel's Feststellung, daß es bei Unklarheit in den Alternativen, die anscheinend in der internationalen Politik die Regel sei, für die Regierungen naheliege, auf den retrospektiven Erfahrungshorizont zurückzugreifen und in traditionellen Bahnen zu verharren. Erfahrung ist zunächst *zurückliegende* Erfahrung, und ob allein auf diesen Fundus von Erfahrungen zurückgegriffen werden muß, hängt entscheidend vom Zeitbudget ab, das in der Krise zur Verfügung steht. Gelingt es, dieses Budget zu strecken – wie etwa in der Kubakrise 1962 –, dann ist auch genügend Zeit vorhanden, um neue Erfahrungen zu machen.

Im zweiten Teil setzt Gantzel dazu an, die verschiedenen Erklärungen zur »gesamtgesehlichen Bedingtheit« von Kriegs- und Allianzverhalten 1815–1945 zu einer statistischen Studie zusammenzufassen. Von Interesse ist dabei der Begriff der »Syntalität«, den Raymond B. Cattell in Analogie zum Begriff *Persönlichkeit* geprägt hat. »Persönlichkeit« bezeichnet danach das, was das Verhalten eines Individuums in jeder gegebenen und definierten Situation erklärt. Die korrespondierende Disposition nennt Cattell »Syntalität« als angemessenste Umschreibung für das Gruppe-Sein (S. 224). Nach der Erstellung von Syntalitätsprofilen mit Hilfe von 12 (meist sozialen und psychischen) Faktoren kommt Cattell zu einer Matrix, in der »Kulturfamilien«, Gruppen von Ländern mit einander ähnlichen Profilen, herausgezogen werden (S. 228–232). Das Ergebnis ist ernüchternd. Ein nennenswerter Zusammenhang zwischen kultureller Heterogenität und Kriegsintensität ist nicht feststellbar. Gantzel macht zu Recht darauf aufmerksam, daß der eventuelle Einfluß bestimmter Syntalitätskomponenten, der wichtiger sein kann als das gesamte Kulturprofil, in diesem Zusammenhang nicht kontrolliert werden kann. Etwas aufschlußreicher, aber auch noch sehr allgemein, ist die von Singer/Small festgestellte Korrelation zwischen der Kriegsanfälligkeit und dem höheren »Systemalter« (der Dauer der Zugehörigkeit von Staaten zum internationalen System): Die kriegführenden Staaten waren durchschnittlich ca. 40 Jahre länger unabhängige Mitglieder des internationalen Systems. Aus den verschiedenen, von Gantzel herangezogenen statistisch begründeten Erklärungsversuchen ergibt sich für ihn die Vermutung, daß jene sich als hauptverantwortliche Friedenssicherer gebenden Nationen (die sogenannten großen, »individuallykulturell« orientierten, Industrienationen) aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Struktur und »Syntalität« heraus die wesentlichen Friedensstörer seien (S. 260 f.). Er macht allerdings die Einschränkung, daß die »Geschichte in Zahlen« mehr für die traditionelle *machiavellistische* Allianztheorie spricht, wobei diese Allianzen keineswegs homogene »Kulturgruppen« von Staaten umfassen (S. 265).

In seinen kritischen Schlußbemerkungen weist Gantzel darauf hin, daß quantitative Analysen ein umfangreiches Bündel von Prämissen, operationellen Definitionen und methodischen Implikationen mit sich schleppen und ihre Aussagen deshalb »vielfach verwundbar« seien: »So kann die bloße Nachbarschaft einer Nation zu einem konfliktreichen Staat ihre Allianzpolitik und ihr Kriegsverhalten maßgeblicher beeinflussen, als soziale Struktur, politisches System, Lebensweise der Bevölkerung, verschiedene Religionen, usw.« (S. 287). Gantzel's Studie erhält ihren besonderen Wert dadurch, daß sie in bisher nicht erreichtem Umfang die vor allem in der amerikanischen Friedensforschung vorangetriebenen quantitativen Untersuchungen dem deutschen Publikum vermittelt und durch die Konfrontation ihrer Ergebnisse die Schwachstellen und Lücken aufdeckt. Dies wie auch das sich dabei manifestierende Problembewußtsein sollte Historiker dazu ermuntern, größere Studien zum gleichen Gegenstand in Angriff zu nehmen, in denen quantitative und qualitative Methoden in gleicher Weise zu ihrem Recht kommen. Es

wäre zu wünschen, daß Gantzels Interesse an längerfristiger Geschichtsschreibung mit »sozialwissenschaftlichem Ansatz« (S. 290) in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik auf Resonanz stoßen würde.

4. *Kriegsverhütung*

Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, Carl Hanser Verlag, München 1970, 2. unv. Aufl. 1971, VIII, 699 S., Linson, 28 DM.

Horst Ahfeldt/Christian Potyka/Utz-Peter Reich/Philip Sonntag/Carl Friedrich von Weizsäcker, *Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie »Kriegsfolgen und Kriegsverhütung«* (= Reihe Hanser 79), Carl Hanser Verlag, München 1972, 178 S., brosch., 5,80 DM.

Die vorliegenden Studien wurden im wesentlichen in der damals von C. F. von Weizsäcker geleiteten Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler erarbeitet. Selbst in der umfangreichen Fassung der Arbeit sind nur knappe Ergebnisberichte von sehr ausführlichen Untersuchungen enthalten. Weizsäcker nennt den Grund, weshalb die Arbeit über eine bloße Schadensschätzung hinauswuchs: Es habe sich rasch erwiesen, daß eine Schadensabschätzung unmöglich sei ohne gewisse Annahmen über die politischen Ziele, die die kriegführenden Parteien verfolgen. Der Schaden hänge nicht nur ab von Art, Menge und Ort der eingesetzten Waffen, sondern werde auch bestimmt durch die Strategie, die die Kriegführenden wählen. Den zweiten Grund für die Ausweitung der Untersuchung über eine bloße Schadensanalyse hinaus sieht v. Weizsäcker in der Mitverantwortung des Staatsbürgers, der nicht umhin könne, sich selbst die Frage zu stellen, was getan werden könne, um ein so großes Unglück zu verhindern. Eine Studie über Kriegsfolgen führe mit menschlicher Zwangsläufigkeit zu einer Studie über Kriegsverhütung (S. 4 f.).

Folgerichtig versucht Horst Ahfeldt in seiner Analyse der Sicherheitspolitik nicht an die häufig zu lesende Behauptung anzuknüpfen, ein großer Krieg zwischen den Weltmächten sei durch das »Gleichgewicht des Schreckens« praktisch unmöglich geworden, sondern untersucht die Faktoren, die einen solchen Krieg in den letzten zehn Jahren für die Weltmächte sinnlos gemacht haben. Ahfeldts Darstellung führt in die Methodik, den Zusammenhang und die Ergebnisse der Arbeiten ein. Er prüft die verschiedenen Annahmen (Vernichtung der Bundesrepublik durch eine Supermacht, Verteidigung gegen eine Invasion, konventionell und/oder atomar, Abwehr von Angriffen mit chemischen oder bakteriologischen Kampfmitteln); für den Fall, daß in einem Konflikt die konfrontierten Supermächte davon ausgehen müßten, der Konflikt werde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auf den Einsatz taktischer A-Waffen im Kampfgebiet begrenzen lassen, sei die irrationale Entscheidung der USA, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, um den begrenzten Gewinn der Gegenseite zu verhindern, kaum glaubhaft. Es sei keine »rationale« Strategie, den Gegner als »rational«, sich selbst als »irrational« darzustellen (S. 58 f.). Zu ähnlichen Schlüssen kommt er bei einer Untersuchung der Eskalationstechnik, die keineswegs, wie angestrebt, zwei Ziele zu erreichen gestatte: erstens den Gegner an der Durchführung seiner Pläne zu hindern und gleichzeitig zweitens den Einsatz von Kernwaffen auf ein Maß zu limitieren, das hinreichend weit unterhalb der Vernichtung der Bundesrepublik als lebensfähiger Industriegesellschaft liegt.

In der von Philip Sonntag vorgenommenen mathematischen Analyse der Wirkungen von Kernwaffenexplosionen in der BRD wird dargelegt, daß ein Einsatz von 10 % der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der BRD praktisch die Vernichtung bedeuten würde (S. 198).

Utz-Peter Reich weist in seiner Untersuchung der wirtschaftlichen Schäden darauf hin,

daß ein materieller Schaden von 20 % einen Organisationsschaden von 60 % zur Folge hat. Besonders bei einem Vergleich mit den Zerstörungen des 2. Weltkrieges wird sichtbar, daß diese in relativ kleinen Dosen erfolgten und nicht wie bei den hier betrachteten Kriegsbildern auf einen Schlag, wodurch die Gesamtorganisation sehr viel stärker zerstört würde. Ein weiterer gravierender Schadensunterschied zwischen dem 2. Weltkrieg und einem nuklearen Krieg ist im Verlust an Menschen zu sehen, der auch das Wirtschaftspotential in hohem Maße schädigt.

Im Abschnitt über Verteidigung und Abschreckung machen *Horst Ahfeldt* und *Hellmuth Roth* deutlich, daß Abschreckung – ähnlich wie im Strafrecht für die innere Gesellschaft – zu den Frühstadien der Entwicklung der internationalen Gesellschaft gehört. An geschichtlichen Beispielen wird gezeigt, daß im Konfliktfall die Vorstellungen beider Seiten auseinandereskalieren; keine will, »daß die Opfer umsonst gewesen waren«. Zu Recht wird kritisiert, daß in der Eskalationsliteratur kaum nützliche Hinweise darüber zu finden seien, auf welche Weise der Gegenseite die Bereitschaft zur Deeskalation glaubhaft gemacht werden soll. Ahfeldt und Roth kommen zu dem Schluß, daß das Herausstellen von Kriegsbildern »mit begrenzten nuklearen Einsätzen« vom europäischen Gesichtspunkt aus die gefährlichste Strategie sei. Andererseits sei es die einzige Strategie, die wirklich das Interesse der Supermächte befriedige, zwischen Selbstvernichtung und Kapitulation ihre Interessen mit den vorhandenen militärischen Potentialen durchzusetzen. Die Strategie der *flexible response* ist eine Mystifikation dieser Gesamtstruktur. Dadurch, daß sie für eine gewisse Zeit als Mittel geeignet sei, eine gewisse Stabilität zu suchen, erfülle sie eine wichtige Funktion: »Eine Analyse indes, die zukünftige Entwicklungen einbezieht, kann nicht unterlassen, auf den prekären Charakter dieser Notlösung hinzuweisen – insbesondere darauf, daß ein für beide Seiten unkalkulierbares Risiko als »Verteidigungsstrategie« nicht einmal eine Notlösung ist, sollte seine unverläßliche Abschreckungswirkung eines Tages versagen« (S. 302).

In der Analyse der Entwicklungstendenzen der Sicherheitspolitik in Europa betont *Ahfeldt*, daß die Geschichte kein Duopol von Dauer kenne. Er fügt hinzu: »Sicher sind historische Argumente meist schwache Argumente [...] Denn heute ist die wechselseitige Vernichtung der Kontrahenten möglich und insofern ist die Situation ohne historische Präzedenz. Doch wie wir festgestellt haben, kann gerade der Raketenwettlauf zu einer Entwicklung führen, in der die historische Situation wiederhergestellt wird [...], in der man den Krieg zwischen den beiden um die Herrschaft streitenden Duopolisten wieder als führbar ansieht« (S. 427). Ähnlich vereinfacht ist bei Ahfeldt auch die Frage, ob das Streben nach Macht nicht – wie vielfach angenommen – »im Menschen« (anthropologisch) begründet sei, sondern durch die historischen Bedingungen erzwungen worden sei. Ahfeldt widerlegt sich selbst, wenn er feststellt, daß eine Rückbesinnung auf die älteren Loyalitäten (Staat) sich in schweren Krisenfällen sogar innerhalb der bestehenden Blockorganisation melde und die Glaubhaftigkeit von Bündnissen für den Fall des nuklearen Krieges zunehmend in Frage gestellt wird (S. 451). Gehört nicht die alte Staatenwelt zu den kriegverursachenden Bedingungen der Vergangenheit, die Ahfeldt weitgehend zu Recht kritisiert?

Die Studie enthält noch Einzeluntersuchungen zu den biologischen Auswirkungen eines nuklearen Krieges, zur Seuchengefahr, eine Prognose über das Ausmaß genetischer Schäden, die Folgen einer Kernexplosion in der Nordsee, eine Untersuchung des Zusammenhangs von thermischer Strahlung und Explosionsgefahr bei Raffinerien und der Folgen eines Kernwaffenkrieges für die Elektrizitätsversorgung. Hier vermißt man einen Beitrag zu den Folgen des Kernwaffeneinsatzes in der Nähe von Kernkraftwerken.

Trotz solcher Einwände im Detail ist die »Weizsäcker-Studie« ein im ganzen gelungener Versuch, die Folgen des »undenkbaren Denkens« der Eskalationsstrategien für einen Staat

wie die BRD deutlich – in manchen Abschnitten auch drastisch (dabei sprechen allein die Zahlen, die Sprache bleibt unterkühlt) – vor Augen zu führen. Die Studie kann als Modell für interdisziplinäre Zusammenarbeit gelten. Die historische Erfahrung wird einbezogen, aber zugleich gezeigt, wo diese Erfahrung versagen muß.

In der kleineren Studie, in der die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie zusammengefaßt werden (*»Durch Kriegsverhütung zum Krieg?«*), werden drei »negative Utopien« kurz skizziert (Rüstungswettlauf, Rüstungsstillstand, Abrüstung). Sie weisen darauf hin, daß insbesondere die Abrüstung nicht ohne einen permanenten Strukturwandel denkbar ist, der sich sowohl auf die materiellen Probleme der Weltregionen als auch auf die klassische Form politischer Organisation, den souveränen Staat, erstrecken muß. Hier werden noch einmal die Folgen eines Angriffs mit strategischen bzw. mit taktischen Atomwaffen auf die BRD dargelegt; als Fazit wird für den Ausbau eines allgemeinen Katastrophenhilfsdienstes und nicht für den Aufbau eines speziellen Zivilverteidigungssystems plädiert.

Im zweiten Teil untersucht *Christian Potyka* die Frage, weshalb die Eskalation in Vietnam fehlschlagen mußte. Dabei führt sein engagierter Stil keineswegs zu Vergrößerungen. Es gelingt ihm vielmehr, Probleme auszuleuchten und zu vermitteln, die von einem Teil der Friedensforscher, die schon die hochspezialisierte Fachsprache der übrigen Sozialwissenschaften angenommen haben, nicht mehr vermittelt werden können.

Potyka stellt eine Übereinstimmung zwischen der Weizsäcker-Studie und Aussagen des – pensionierten – Generalinspektors Trettner in der Weise fest, daß auch der letztere die psychischen Wirkungen eines mit taktischen Atomwaffen geführten Krieges in der BRD betont. Trettner befürchtet die Auflösung aller Ordnungen und fordert – ähnlich wie die SPD in den 1960er Jahren – ein Vetorecht der BRD für den Einsatz atomarer Waffen von deutschem und auf deutsches Territorium (S. 150–152). Potyka bezeichnet zu Recht die in der Weizsäcker-Studie vorgenommene Schadensschätzung als »eine Art schwarze Heimatkunde« (S. 163). Er beklagt, daß »unser apokalyptisches Bewußtsein« unterentwickelt sei, und warnt vor der Gefahr der Flucht in die »zweite Realität«, also in die Verweigerung der Erkenntnis, daß überhaupt eine Gefahr besteht. Wie groß diese Gefahr in der BRD ist, zeigt Potyka an Äußerungen des Militärkommentators der FAZ, Adalbert Weinstein, der die bisher friedensbewahrende »Mystifikation« der flexible response als »beglückenden Zustand« feiert, den man ruhig »Frieden nennen« könne. Nützlich wäre es, wenn es mehr Journalisten gäbe, die ähnlich wie Potyka Sachkunde und Engagement besitzen, und wenn sich die Friedensforschung ihrer häufiger als Vermittler bediente.

5. Rüstungskontrolle

Erhard Forndran, Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung (= Krieg und Frieden), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 272 S., Ln., 24 DM.

Forndrans Studie behandelt einen zeitgeschichtlich wichtigen Aspekt der Außenpolitik der USA, indem sie fragt, in welchem Sinne »Arms Control« als Antwort auf eine neuartige Lage entstanden ist. Forndran geht von der seit Ende der 50er Jahre deutlich gewordenen »Doppelerfahrung« aus, daß die Terminologie vom Sieger und Besiegten im Ernstfalle »unter den für alle Beteiligten untragbaren Verlusten« verschüttet und andererseits die Vorstellung einer vollständigen Abrüstung vor gegenwärtig kaum überwindbar erscheinenden Schwierigkeiten stehen würde. Dies ist eines der entscheidenden Motive zu dem bescheideneren Ziel, »nur die Stabilisierung der bestehenden militärpolitischen und technischen Lage zu versuchen«. Forndran erkennt das Janus-Gesicht der Rüstungskontrolle, das auf der einen Seite den gesellschaftspolitischen und strategisch-tech-

nologischen status quo zu verfestigen droht, sieht aber andererseits in der Rüstungskontrolle ein mögliches Instrument zur Verhinderung des totalen Krieges und damit eine Voraussetzung für die Bemühungen zur qualitativen Veränderung der Konfliktregelungsmuster in der internationalen Politik. Insoweit glaubt Forndran diesen Denkanatz dem Bereich der Friedensforschung zurechnen zu können. Im ersten Kapitel geht er ausführlich auf die für die Abrüstungs- und Verteidigungspolitik der USA seit 1953 bestehende Ausgangslage ein. Forndran geht dabei von der These aus, daß die USA vor und in den beiden Weltkriegen jeweils den Weg von mangelnder militärischer Bereitschaft über die Mobilisierung und den Sieg mit anschließender Demobilisierung beschritten hätten, ohne die konkreten politischen Ziele zu berücksichtigen. Diese Trennung von Politik und Macht habe im Kalten Krieg endgültig scheitern müssen. Dieser Befund enthält allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist darin zu sehen, daß nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der seit Pearl Harbor dominierende internationalistische Flügel der amerikanischen Machtelite Ziele propagierte (z. B. die weltweite Durchsetzung des Prinzips der Offenen Tür), die über kurz oder lang mit den Interessen der Sowjetunion und des kommunistischen Chinas kollidieren mußten. Zwar hat diese Definition der amerikanischen Nachkriegsziele die weitgehende Demobilisierung der amerikanischen Streitkräfte nach 1945 nicht verhindert – wobei auch die Vorstellung mitgeholfen hat, Atomwaffenmonopol und strategische Luftwaffe genügten, um jeden denkbaren Gegner militärisch in Schach zu halten. Aber zugleich bildete die im Krieg in riesigem Umfang aufgebaute Rüstungsindustrie (insbesondere die Luftwaffenindustrie) eine ständige Versuchung für viele amerikanische Politiker beim nächsten größeren militärischen Konflikt, die zwischen 1945 und 1949 weitgehend durchgehaltene restriktive Rüstungspolitik aufzugeben und den kurzfristig bequemeren Weg der Aufrüstung zu beschreiten. Dies zeigte sich besonders nach dem Ende des Koreakrieges, als die durch diesen Krieg mehr als verdreifachten Verteidigungsausgaben nur in relativ geringem Ausmaß gesenkt wurden und seither eine weiter ansteigende Tendenz hatten. Gerade wenn man für die amerikanische Nachkriegspolitik die These von der ausschließlichen *Innenleitung* der Rüstungsdynamik als zu undifferenziert ablehnen muß, wird man nicht zugleich behaupten können, die USA hätten lediglich auf die sowjetische Rüstungspolitik reagiert.

Die Tatsache, daß Jerome B. Wiesner mit seinem Konzept der *minimalen Abschreckung* Anfang der 1960er Jahre unterlegen ist, zeigt deutlich, daß die neue Drehung, die von da an die Spirale der strategischen Rüstung genommen hat, durch Elemente der *Innenleitung* wie auch der fehlerhaften Perzeption (die sogenannte »Raketenlücke«) wesentlich verursacht worden ist. Forndran erwähnt zu Recht, daß es auch Gegner der Rüstungskontrollpolitik gegeben hat, wie sie seit Amtsbeginn Kennedys versucht wurde. Dieser Gegnerschaft lag die Vorstellung zugrunde, der Osten bleibe weiter expansiv. Die Ereignisse in Berlin und in Kuba (1961, 1962) schienen diesen Gegnern einer minimalen Abschreckung (deren Befürworter den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung offenhalten wollten) Recht zu geben. Unbezweifelbar ist auch, daß die Kennedy-Administration in dieser kritischen Phase mehrfach damit zu tun hatte, das Mißtrauen ihrer Verbündeten gegen die Bemühungen, mit der Sowjetunion zu Rüstungskontrollmaßnahmen zu kommen, auszuräumen. Aber es ist nicht untypisch für Studien über Rüstungskontrolle (wie für die Rüstungskontrolle selbst), daß sie nur ein begrenztes Segment der Weltpolitik, das sogenannte strategische Gleichgewicht auf höchster Ebene, in den Blick nimmt, während andere Konfliktebenen, die die weltweiten Spannungen manifestieren, ausgeblendet bleiben. Dies geschieht auch hier für die Konflikte in Indochina und anderen Teilen der Welt. Wenn die nukleare Pattsituation seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre und die dadurch angeregte Rüstungskontrollpolitik zur Stabilisierung im weltpolitischen

»Zentrum« beitragen, trugen nicht zuletzt die »peripheren« Gebiete den Großteil der humanen und materiellen Kosten. Forndrans Studie zeigt, daß *in dieser Hinsicht* die Einwände der kritischen Friedensforschung gegen die Rüstungskontrollpolitik gerechtfertigt sind.

6. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Gerda Zellentin, Intersystemare Beziehungen in Europa. Bedingungen der Friedenssicherung (= European Aspects, Series C: Politics, No 20), A. W. Sijthoff Verlag, Leiden 1970, 307 S., Ln., Dfl. 42.

Gerhard Wettig, Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966–1972, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, 213 S., Folieneinbd., 28 DM.

Johan Galtung/Dieter Senghaas (Hrsg.), Kann Europa abrüsten? Friedenspolitische Optionen für die siebziger Jahre (= Reihe Hanser 138), Carl Hanser Verlag, München 1973, 220 S., brosch., 11,80 DM.

Die Studie von G. Zellentin ist dem Vater des »Funktionalismus«, David Mitrany, gewidmet. Sie versteht sich als Zugang zu einer praxisorientierten Wissenschaft der internationalen Beziehungen, als Praxeologie der Friedenssicherung zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen. »Frieden« wird dabei als Prozeß der friedlichen Veränderung der Kommunikation, der Erwartungen, der Produktion und der Allokation von Werten begriffen, der sich graduell zu einer Friedensordnung in Europa ausweiten soll (S. VII). Dabei sondert G. Zellentin jene Handlungsalternativen aus, die aufgrund utopischen Denkens (Weltstaat, -regierung, -verfassung) entweder eine Radikalisierung des politischen Mitteleinsatzes bedeuten oder am Objekt der Veränderung »vorbeiphantasieren« (S. XIII). In Kapitel 1 analysiert sie das gegenwärtige europäische System »zwischen Konfrontation und Kooperation«. Kapitel 2 befaßt sich mit den innenpolitischen Veränderungen und deren Zusammenhang mit den auswärtigen Beziehungen sozialistischer Staaten. Es fehlt dabei ein Hinweis auf die Tatsache, daß Stalin nach 1945 – weitgehend um einen Sicherheitswall gegen die wiedererstehende deutsche Macht zu schaffen – die osteuropäischen Staaten auf der Stufe eines *Risorgimento*-Nationalismus festzuhalten versuchte. Dies hat sich zusammen mit dem jeweiligen politischen Monopolanspruch der kommunistischen Parteien in diesen Ländern – auch wenn dieser Anspruch in der Wirklichkeit oft durchlöchert wurde – als Hindernis einer stärkeren wirtschaftlich-technischen Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe erwiesen. Die Defizite der sozialistischen Integrationspolitik liegen nicht zuletzt auch darin, daß es bisher noch keine internationale sozialistische Form des Eigentums und des internationalen Managements gibt. Im Zusammenhang mit der Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR wird deutlich, daß von den ersteren vor allen Dingen auch die Wiederbelebung der »kleinen Entente« der Zwischenkriegszeit befürchtet wurde. In Kapitel 3 werden die Voraussetzungen intersystemarer Annäherung untersucht. Während auf westlicher Seite die Konvergenz der unterschiedlichen Ordnungssysteme als Voraussetzung dieser Annäherung häufig genannt wird, versucht die östliche Seite die Theorie der friedlichen Koexistenz dagegen zu stellen, die von Lenin ursprünglich für die Zeiten der revolutionären Ebbe (wenn etwa kapitalistische Hochkonjunktur herrschte) formuliert wurde. Im 4. Kapitel geht es um Strategien der intersystemaren Beziehungen. Wenn die dort erhobene Kritik am sog. *Konstitutionalismus* auch weitgehend zutrifft, ist doch zu fragen, ob die Annahme richtig ist, daß – etwa im Verhältnis beider deutscher Staaten – die Nichtanerkennung die Opposition im Kontersystem zur Revolte getrieben hat. Inzwischen ist deutlich geworden, daß selbst nach der Anerkennung die DDR-Regierung zu Disziplinierungsmaßnahmen gegen ihre Bevölkerung greifen zu müssen meint, weil sie

offenbar schon in der Existenz des anderen Staates und seiner anderen politisch-sozialen Ordnung eine Bedrohung für ihr eigenes System erblickt. Ebenso naiv ist die Annahme, der Konstitutionalismus, der der amerikanischen Nachkriegspolitik zugrunde lag, habe z. B. mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe an die osteuropäischen Staaten verhindert, daß die dort bestehenden Koalitionsregierungen dem starken Druck der Roten Armee hätten standhalten können. Schließlich war es die Sowjetunion gewesen, die die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei gezwungen hatte, die geplante Teilnahme am *Marshall-Plan* abzusagen.

Am Schluß wird vorausgesagt: Die intersystemare Politik der 70er Jahre ist auf die Neutralisierung umstrittener Problembereiche gerichtet, durch die die Neutralisierung umstrittener Gebiete und Grenzen entbehrlich wird (S. 284). Die Arbeit zeigt die Möglichkeiten und Grenzen funktionaler Strategien. Die Möglichkeiten liegen vor allem in den praktischen Hinweisen, auf welche Weise intersystemare Beziehungen über das Nullsummenspiel (Verlust des einen als Gewinn des anderen) hinausgehen und zu Wohlfahrtsgewinnen aller an der Kooperation beteiligten Staaten führen können (S. 136 f., S. 204). Die Grenzen werden vor allem da sichtbar, wo der »Funktionalität« halber die historische Wirklichkeit vereinfacht wird.

Die Studie *Wettigs* über das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik (1966–1972) hat die europäische Sicherheit zum Hauptgegenstand. Der Begriff der europäischen Sicherheit bezieht sich danach auf die Vorstellung einer nach außen hin abgrenzbaren Staatenwelt, die als ein internationales (Sub-)System verstanden wird (S. 11); Subsystem deshalb, weil es sich hier nicht um ein abgeschlossenes Staatensystem handelt, sondern um ein System, dem zwei Weltmächte zugeordnet sind, die ihrerseits ihr globales Abschreckungsverhältnis auf die europäische Staatenwelt ausgedehnt haben.

Wettig sieht unter dem Gesichtspunkt einer europäischen Friedensordnung folgende theoretisch denkbare Lösungstypen, die das gegenwärtige europäische Staatensystem, das durch ein hohes Maß an Dissoziation einerseits und an Hemmnissen des Gewaltgebrauches zwischen Ost und West andererseits gekennzeichnet ist, ersetzen sollen: 1. In allen wesentlichen Aspekten des Ost-West-Verhältnisses setzt sich eine assoziative Ausrichtung durch. Die bestehenden Hemmnisse gegen einen zwischenstaatlichen Gewaltgebrauch werden durch die Wirksamkeit einer integrierten Machtverfügungsstruktur erweitert. 2. Die assoziative Ausrichtung ist begleitet von einer weitgehenden Beseitigung der bisherigen Hemmnisse gegen einen Gewaltgebrauch, weil zugleich auch die strukturelle Konfrontation der beiden Bündnisssysteme abgebaut wird, ohne daß ein ausreichendes funktionales Äquivalent für die wegfallende Abschreckung geschaffen wird. 3. Die bisherige Dissoziation bleibt im wesentlichen bestehen. Gleichzeitig wird im Sinne einer scheinbaren Beseitigung der politischen Konfrontation die strukturelle Konfrontation des europäischen Staatensystems demontiert. Zweifellos handelt es sich bei dieser dritten Variante um den am wenigsten wünschbaren Lösungstyp, weil die Sowjetunion wegen ihrer – im Vergleich zu den USA – weitaus größeren Nähe zum europäischen Zentrum sich in einer ungleich stärkeren Position befände (S. 20 f.). Wettig stellt die einzelnen Phasen der sowjetischen Versuche dar, ihr Konzept der europäischen Sicherheit zu formulieren und durchzuführen. Dabei geht er zu wenig auf den Zielkonflikt ein, der für die Sowjetunion in den 1960er Jahren darin bestand, daß sie einerseits für die zentrale Kontrolle des westlichen Atomwaffenpotentials durch die USA eintrat und auf der anderen Seite die Westeuropäer in der nationalen Emanzipation gegenüber den USA zu bestärken versuchte (S. 25). Bei der Erörterung der sowjetischen Vorschläge von 1966 bleibt unberücksichtigt, daß diese auch eine Antwort auf die bundesdeutsche Friedensnote vom März des gleichen Jahres darstellten (S. 53). Die sich seit Jahresende 1966 versteifende anti-bundesdeutsche Haltung Moskaus kam in Bonn keineswegs – wie Wettig behauptet –

überraschend, schon gar nicht im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien. Schließlich waren die Gespräche über die Aufnahme der Beziehungen mit Rumänien im September 1966 weitgehend abgeschlossen, und nur die innenpolitische Schwäche (vor allem die Spaltung innerhalb der CDU/CSU) haben die Regierung Erhard daran gehindert, ihren Entschluß in die Tat umzusetzen. Die starke Fixierung Wettigs auf die sowjetische Politik bringt es mit sich, daß bei der Bewertung der östlichen Reaktion auf die neuen ostpolitischen Akzente der Großen Koalition der Einfluß Ulbrichts völlig ausgeblendet wird. Tatsächlich besaß dieser in jenen Jahren eine ähnliche *Vetomacht* gegenüber der sowjetischen Politik, wie sie Adenauer in den 50er Jahren gegenüber den USA besessen hatte. Ebenso ungesichert ist die Vermutung, Tito habe für die Zusage, die Breschnew-Doktrin werde zu seinen Lebzeiten nicht auf Jugoslawien angewandt, die kollektive Souveränität der sozialistischen Staaten grundsätzlich akzeptieren müssen (S. 134).

Der gegen den Funktionalismus erhobene Vorwurf, er berücksichtige machtpolitische Motivationen zu wenig, wird von Wettig offenbar unterstützt. Ob es gerechtfertigt ist, die nichtfunktionalistische Auffassung – die betont, daß sich im Verlauf des funktionalen Prozesses statt einer Logik der Konvergenz eine solche der Divergenz bemerkbar mache, weil Staaten mit unterschiedlicher innerer Machtverteilung vermehrte Interessenberührung miteinander erhalten (S. 155) – »historisch-kritisch« zu nennen, ist sehr die Frage, denn diese Kritik geht offenbar nicht so weit, ihrerseits zu untersuchen, weshalb etwa im Westen (vom Osten gar nicht zu reden) solche Veränderungen des inneren Kräfteparallelogramms befürchtet werden. Wettig nähert sich stark der konstitutionalistischen These (*function follows form*), auch wenn er sich dazu nicht offen bekennt. Die Voraussetzung für erfolgreiche friedliche Kooperation sieht er in der politischen Entscheidung der Regierungen und Völker. Wie diese Akteure allerdings zu solchen Entscheidungen motiviert werden, bleibt weitgehend unklar. Zutreffend sind Wettigs Hinweise auf die zwischen Ost und West bestehenden strukturellen Asymmetrien (wirtschaftliche Überlegenheit des Westens und militärische Überlegenheit des Ostens). Ungenau ist allerdings seine Feststellung, daß diese Asymmetrien sich nicht gegeneinander ausgleichen, sondern eine tendenziell instabile Lage schaffen, weil unter Umständen die weniger prosperierende Seite ihre Machtüberlegenheit dazu benutzen könne, um die Ressourcen der anderen Seite unter ihre Kontrolle zu bringen (S. 158 f.). Selbst unter der Voraussetzung stark reduzierter Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa wäre das Risiko eines solchen Vorgehens zu hoch. Schließlich hat die Sowjetunion auch ihre eigenen Erfahrungen mit scheinbar unterlegenen (d. h. auch militärisch schwächeren) Gegnern. Die Probleme militärischer Präponderanz sind vor allem in der latenten Drohwirkung zu suchen, die allerdings stärker die Staaten des eigenen Hegemonialbereichs als die Westeuropas zu beeinflussen in der Lage ist. Ebenso wenig kann man die Bemerkung Wettigs uneingeschränkt passieren lassen, daß sich zwar der Austausch von Personen und Ideen durch den Gebrauch von Gewalt, nicht aber der Gebrauch von Gewalt durch die Dynamik von Austauschprozessen kanalisieren und verhindern lasse (S. 163). Sicher wird bei hochgerüsteten Staaten der Gebrauch von Gewalt zunächst immer noch als ein relativ bequemes Mittel erscheinen, innere und äußere Krisen zu lösen. Aber die Austauschprozesse können auf Dauer nur dann dynamisch bleiben, wenn die *Mittel* des Gewalthandelns ebenfalls reduziert werden. Insgesamt kann man sagen, daß das Selbstverständnis des Autors keineswegs »historisch-kritisch« ist, eher historisch-skeptisch, wobei die Skepsis künstlich durch den auf die sowjetische Politik verengten Blickwinkel genährt wird. Dies ist weniger Folge der Fragestellung als des Ausblendens der weltpolitischen Prozesse, die im Untersuchungszeitraum abliefen. Dazu zählt insbesondere der Vietnamkrieg, der nur kurz am Rande erwähnt wird (S. 180), auf dessen tiefgreifende Wirkung

auf Europa (auf das Ost-West-Verhältnis ebenso wie auf die Beziehungen Westeuropas zu den USA) aber nicht eingegangen wird. Gerade durch den Vietnam-Krieg haben sich die USA der Chancen einer dynamischen Europa-Politik begeben, die sich nach dem für sie günstigen Ausgang der Kuba-Krise abzeichnet hat.

Ist nun die von den kritischen Friedensforschern *Johan Galtung* und *Dieter Senghaas* zusammen mit einigen Arbeitsgruppen untersuchte Frage »Kann Europa abrüsten?« umfassender behandelt worden? Im theoretischen Ansatz ist dies wohl beabsichtigt. *Galtung* nennt hier einmal mehr die fünf für ihn wesentlichen Elemente einer Friedensstruktur (Symbiose, Symmetrie, Homologie, Entropie, Transzendenz). Dabei wird keineswegs die Konvergenz der beiden unterschiedlichen Systeme in Europa vorausgesetzt, sondern lediglich eine »nichtausbeuterische beiden Seiten nützende Interdependenz der Systeme« (S. 10). Im weiteren Verlauf wird deutlich, daß bei *Galtung* eine historisch verkürzte und teilweise sogar falsche Vorstellung von Ausbeutung besteht. So ist die These, das wichtigste Ereignis, das in diesem Jahrhundert in Europa stattgefunden habe, der von der Sowjetunion bereits 1917 eingeleitete Rückzug Osteuropas von der kapitalistischen Arbeitsteilung, bei der es im großen und ganzen die Rolle der Kolonie gespielt habe, allenfalls teilweise zutreffend. Mit mindestens ebenso großem Recht läßt sich die Gegenthese aufstellen, die zweite Phase der Russischen Revolution, die von den Bolschewiki unter Lenin und Trotzki vorangetrieben wurde, habe dazu geführt, daß sich die Sowjetunion selber sehr *ungleich* entwickelt und Millionen Menschen nutzlos geopfert und zugleich durch ihre Komintern-Politik seit 1920 wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich die Arbeiterparteien in Westeuropa erbittert bekämpften und dadurch ein Vakuum schufen, in das der italienische wie der deutsche Faschismus relativ ungehindert eindringen konnten. Was nun die »halbfeudalen osteuropäischen Regime« (S. 19) angeht, von denen *Galtung* spricht, so gibt es hier erhebliche Unterschiede. Die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit war alles andere als ein »halbfeudales Regime«. Wenig Ahnung hat *Galtung* auch von der deutschen Nachkriegsgeschichte, wenn er schreibt, daß der Westen nie ganz begriffen habe, was für eine Wirkung es auf den Osten gehabt habe, daß er den westdeutschen Staat in beträchtlichem Umfang wiederbewaffnet und zu einer entscheidenden Kraft in der NATO gemacht habe. Die ersten militärisch bewaffneten Verbände auf deutschem Boden wurden in der SBZ organisiert, und zwar fast ein Jahrzehnt (mit dem Aufbau der ersten Kader wurde 1946 begonnen), bevor es in der BRD Vergleichbares gab.

Bei den von *Galtung* genannten Modellen für eine gesamteuropäische Kooperation (Europa der Vaterländer, ein von *einem* Machtblock beherrschtes »unizentrisches« Europa, bizentrisches Europa) entscheidet er sich für das erste Modell, weil im dritten Modell (das zweite scheidet nach seiner Meinung ohnehin aus) die Einzelstaaten zwar nominell Mitglieder einer gesamteuropäischen Organisation sein könnten, aber die subregionale Integration schon so weit fortgeschritten sei, daß die Staaten als Block auftreten würden. Von Bedeutung ist, daß die von einer Studiengruppe unter Leitung *Galtungs* erarbeiteten institutionellen Vorschläge für ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Verbesserungen der individuellen Grund- und Freiheitsrechte weitgehend aussparen. Eine Studiengruppe, aus Vertretern West- und Osteuropas zusammengesetzt, wendet sich dann der Hauptfrage zu: Kann Europa abrüsten? In der Analyse wird einmal mehr das Theorem der Innenleitung des internationalen Rüstungswettlaufs aufgestellt (S. 111). Ihr entspricht folgerichtig der Zweifel, daß es im europäischen System wirklich erhebliche Asymmetrien militärischer Art gibt (S. 121).

Die fundamentale Bedeutung der nichtmilitärischen Asymmetrien wird stark hervorgehoben, nicht zuletzt — was offen zugegeben wird — um die These von den, dem Rüstungswettlauf zugrundeliegenden, politischen und sozioökonomischen Faktoren zu

unterstreichen (S. 123). Dabei wird deutlich, daß die Aufzählung der nichtmilitärischen Symmetrien unvollständig ist; der direkte Einfluß, den die sowjetische Politik nach wie vor auf einige der westeuropäischen kommunistischen Parteien ausübt, bleibt unerwähnt. Im Abschnitt über die grundlegenden Fragen der Abrüstungspolitik wird die These aufgestellt, daß die im Sorin-McCloy-Abkommen von 1961 (Abrüstung sei der beste Weg zur Herstellung von Frieden und Freiheit und die beste Garantie dafür, daß internationale Streitfragen ohne die Anwendung von Gewalt gelöst würden) zugrundeliegende Ideologie radikal überprüft werden müsse (S. 148). Hier droht sich die Katze in den Schwanz zu beißen. Wie soll *Vertrauen* – als Mittel zur Reduzierung der Komplexität auch im internationalen System – geschaffen werden können, wenn zunächst einmal alles *ganz anders* werden muß und deshalb Teillösungen auf dem Gebiet der Abrüstung als zunächst wenig sinnvoll erscheinen. Es zeigt sich allerdings, daß die Arbeitsgruppe selbst Vorschläge zu Teillösungen macht, die sich vor allem auf den Vorschlag der Zonenbildung konzentrieren (atomwaffenfreie und U-Boot-freie Zonen etc.). Interessant sind die Vorschläge, den Teilnehmerkreis von Abrüstungskonferenzen zu erweitern, spezielle Konferenzen der unterdrückten Minderheiten und Mehrheiten einzuberufen sowie parallel zu offiziellen Abrüstungskonferenzen solche von »nichtstaatlichen« Gruppen zu organisieren, um öffentlich Druck auszuüben. Zweifellos wäre hier das Symmetrieproblem von geringerem Gewicht. Weniger durchsetzbar erscheint das Konzept, Wissenschaftler durch eine Art hippokratischen Eid zu verpflichten, nicht an rüstungsrelevanter Forschung teilzunehmen. Insgesamt sind in der Arbeit neben einer Reihe bedenkenswerter Vorschläge auch Vorstellungen enthalten, die dem Ziel der Abrüstung eher zuwiderlaufen. Das hängt nicht zuletzt mit der gelegentlich einseitigen und verkürzten historischen Perspektive zusammen.

7. Militärhilfe und Waffenhandel

Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 144 S., Folieneinbd., 5,80 DM.

Ulrich Albrecht, Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexporte in der BRD (= Reihe Hanser 99), Carl Hanser Verlag, München 1972, 165 S., brosch., 8,80 DM.

Die Studie von *H. Haftendorn* über Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD gibt einen guten Überblick über die Militärhilfe im Rahmen deutscher Außenpolitik seit Anfang der 1960er Jahre, über die NATO-Verteidigungshilfe, über die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe, über die kommerziellen Transaktionen, über die Größenordnung der deutschen Militärhilfe und der Rüstungsexporte. Zugleich werden der innenpolitische Entscheidungsprozeß, die politische Problematik des Rüstungstransfers sowie die Bemühungen um eine Begrenzung des internationalen Rüstungstransfers dargestellt. Ausführliche tabellarische Übersichten, die die Größenordnungen der Materiallieferungen und finanziellen Transaktionen deutlich machen, schließen sich an. Zu Recht wird kritisiert, daß die in der BRD mit Militärhilfe befaßten Stellen ein »fast pathologisch zu nennendes Bemühen« zeigen, das Wort »Militärhilfe« zu vermeiden (S. 8). Die damalige bundesdeutsche Opposition hat sich relativ konsequent gegen eine Verquickung von Entwicklungshilfe und Militärhilfe gewandt. Auch die Bundesregierung mußte im Zusammenhang mit der Krise ihrer Nahostbeziehungen im Winter 1965 erkennen, daß die Militärhilfe ein wenig taugliches Instrument zur Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs war. Im Februar 1965 beschloß sie, künftig keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern und den noch nicht erfüllten Teil des Israel-Abkommens durch Finanz- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 140 Mio. DM abzulösen. In der Frage, wie das Waffenlieferungsabkommen mit Israel dem Parlament bekanntgemacht wurde, verfügt die

Studie nur über unzureichende Informationen. Tatsächlich war es so, daß im Februar 1962 SPD-Abgeordnete bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß auf Summen in der Größenordnung von mehreren hundert Mio. Mark stießen, die mit der Überschrift »Ausbildungshilfe« nicht erklärt werden konnten. Darauf monierte Ollenhauer in einem Brief an den Bundeskanzler diesen Tatbestand und bat um Aufklärung. Das öffentliche Stillhalten der SPD-Opposition in dieser Frage war ebenso durch innen- wie außenpolitische Rücksichten motiviert.

Der Hinweis auf das Problem der Glaubwürdigkeit der von der sozialliberalen Koalition betriebenen Friedenspolitik ist mehr als berechtigt. Die dadurch notwendige Einstellung der Militärhilfe und die Überprüfung der Rüstungsexportpolitik erfolgte nur sehr zögernd. Als erste Information über die Militärhilfe und die Rüstungsexporte der BRD bis 1970 ist die Studie gut geeignet. Der Zusammenhang dieser Probleme mit den inneren Entscheidungsprozessen müßte allerdings noch wesentlich stärker aufgehellert werden.

Theoretisch anspruchsvoller ist gerade in dieser Hinsicht die Arbeit von *Albrecht* über Politik und Waffengeschäfte. Die Hauptthese lautet: »Das Verhältnis von ökonomischen und politischen Momenten im Rüstungshandel ist eher umgekehrt als bisher dargestellt zu sehen – Rüstungstransfers sind das Ergebnis von ökonomischen Entwicklungen, die politische Konsequenzen von ungeheurem Gewicht haben« (S. 7 f.). Die Studie ist in drei Teile gegliedert. Zunächst geht es um den Zusammenhang von innenpolitischen Konflikten und politischen Maßnahmen der Industrie. Es wird gezeigt, daß die Waffenexporte keineswegs erst in den 60er Jahren beginnen, sondern in Einzelfällen – insbesondere beim Export von kleineren Kriegsschiffen und Schützenpanzern – mit der Frühgeschichte der BRD einsetzen. Der zweite Abschnitt wendet sich der weltpolitischen Szene zu. Neben den Liefermustern der USA und der UdSSR wird der westdeutsche Rüstungsexport vor allem mit den französischen und englischen Waffenexporten verglichen. Und im dritten Abschnitt werden grob die Bedingungen skizziert, unter denen sich nach Albrechts Auffassung der militärisch-industrielle Komplex »reproduziert«. Auch in Albrechts Studie wird deutlich, daß die von den einzelnen Ressorts mitgeteilten Zahlen über die Rüstungsausfuhr sich teilweise erheblich widersprechen. Während z. B. im Verteidigungsweißbuch 1970 ein Rüstungsausfuhrvolumen von 400 Mio. DM angegeben wird, lauten die Zahlen des Wirtschaftsministeriums für das gleiche Jahr 1970 757 Mio. DM. Es spricht einiges dafür, daß die letztere Zahl der Wirklichkeit am nächsten kommt. Inwieweit allerdings die Angaben des DDR-Wissenschaftlers K. Engelhardt richtig sind, wonach in den offiziellen Umsatzzahlen »rund 50 % Vorleistungen, sprich Doppelzählung, enthalten« sind (S. 29), bleibt sehr die Frage. Schließlich enthalten auch die Daten über den allgemeinen Export keinerlei Angaben über die »Vorleistungen«. Diese Art von Buchführung ist international unüblich und kann nur die Verwirrung vergrößern. Von Bedeutung sind die Feststellungen Albrechts über die (meist privaten) Besitzverhältnisse bei den Schlüsselbetrieben der Rüstungsindustrie. Die Argumentation Albrechts in der Analyse des Zusammenhangs von nationaler Rüstungswirtschaft und sich verstärkender weltweiter Tendenz zu Rüstungsexporten ist nicht ohne Widersprüche. Auf der einen Seite wird festgestellt, daß die Bundesregierung größter Rüstungskäufer auf den internationalen Waffenmärkten ist, weil sie – was Albrecht nur indirekt einräumen bereit ist – in den vergangenen Jahren den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie nicht sehr intensiv gefördert hat. Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß eine autark betriebene Rüstungswirtschaft sehr kostspielig ist und nur noch Länder wie die USA und Frankreich sich diesen Luxus leisten. Hier drängt sich die Folgerung auf, daß der Rüstungsexport die Rüstungskosten erheblich verringern würde. Historisch ungenau sind Albrechts Angaben über die Ursachen des »raketenartigen«

Anstiegs (S. 106) des französischen Rüstungsexports. Die Hauptursache lag im de Gaulleschen Konzept der strategischen *Rundumverteidigung*. Der dadurch notwendig gewordene Ausbau der Rüstungsindustrie seit Ende der 50er Jahre ergab dann Tendenzen der Eigendynamik, die wesentlich durch Kostenüberlegungen bestimmt waren und werden. Hier wäre es falsch, von den *Folgen* her die *Ursachen* zu erklären. Naiv begegnet Albrecht der sowjetischen Rüstungsexportpolitik. Auch die Sowjetunion versucht – zumindest teilweise – Waffenlieferungen als politisches Druckmittel zu benutzen, wie die Beispiele Jugoslawien (1948), China (1960) und Albanien (1961) zeigen. Es ist auch nicht so, daß sowjetische Waffen sonst nur an nationale Befreiungsbewegungen geliefert werden, damit diese den westlichen Imperialismus bekämpfen können. Albrecht selbst räumt ein, daß die Sowjetunion Fernbomber an Entwicklungsländer liefert (S. 136, Anm. 179); daß diese dazu dienen können, nationale Bewegungen niederzuhalten, hat die Niederlage der Kurden im Irak gezeigt. Albrecht nimmt auch nicht zur Kenntnis, daß – wie am Beispiel der wenigen deutschen Hilfskreuzer im 2. Weltkrieg nachzuweisen ist – 10 bis 20 Schiffe der Sowjetunion im Indischen Ozean genügen (S. 116), um die *Kaproute* lahmzulegen. Die chinesische Politik denkt über die sowjetische Anwesenheit im Indischen Ozean jedenfalls anders. Bei der Darstellung des Zusammenhangs zwischen nationaler Rüstungswirtschaft und dem rüstungsexportanheizenden Zwang zu Kostensenkungen, dem die westlichen Regierungen ausgesetzt sind, geht Albrecht mit keinem Wort darauf ein, daß die Sowjetunion über Kostensenkungen durch Export kaum nachzudenken braucht, weil sie ihrer Bevölkerung Konsumverzicht in weit größerem Maße auferlegen kann, als dies den von Parlament und Öffentlichkeit kontrollierten Regierungen des Westens möglich ist. Insgesamt führt die Studie Albrechts über den von H. Haftdorn verfolgten Ansatz hinaus. Ihr Wert wird allerdings erheblich dadurch gemindert, daß sie in einigen Abschnitten bei der Analyse der Ursachen-Folgen-Kette historisch ungenau und auf dem »linken« Auge blind ist.

8. Imperialismusforschung und Internationale Beziehungen

Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 375 S), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973, 136 S., kart., 8,80 DM.

Pierre Jalée, Das neueste Stadium des Imperialismus, Carl Hanser Verlag, München 1971, 204 S., kart., 28 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion (= edition suhrkamp 563), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, 2. Aufl., 1973, 404 S., kart., 10 DM.

Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Internationale Beziehungen (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 62), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973, 394 S., Ln., 28 DM.

Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen (= edition suhrkamp 593), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, 221 S., kart., 7 DM.

Bernard Willms, Entwicklung und Revolution. Grundlagen einer dialektischen Theorie der Internationalen Politik, Makol Verlag, Frankfurt 1972, 347 S., kart., 18 DM.

H.-Chr. Schröders Studie zur sozialistischen Imperialismusdeutung erhebt nicht den Anspruch, die verschiedenen Theorien erschöpfend darzustellen. Ihr geht es um eine Explizierung von Entstehung, Kontinuität, Erweiterung und Abwandlung bestimmter Grundgedanken der sozialistischen Imperialismusdeutung. Die Studie behandelt zuerst den Zusammenhang von Unterkonsumtionstheorien und Expansionstheorien, dann die

Frage der systemsprengenden Konsequenzen des Imperialismus und des Formwandels kapitalistischer Widersprüche, die Unterschiede in Kautskys und Lenins Imperialismusdeutung während des 1. Weltkriegs sowie einige zentrale Punkte der Leninschen Theorie des Imperialismus (Bestechungsthese, Antiimperialistischer Befreiungskampf unterdrückter Völker und die Umdeutung des Klassenkampfgedankens). Von Interesse ist, daß Kautskys These eines übernationalen Solidarimperialismus, einer Einheitsfront der industriellen Staaten gegenüber den rückständigen Agrarländern (S. 42), wieder aktuell ist, insbesondere dann, wenn man »Agrarländer« ersetzt durch »Rohstofflieferländer«. Lenin hat diese These Kautskys von einer Tendenz zum »Ultraimperialismus« barsch zurückgewiesen und dies damit begründet, daß die ungleiche Entwicklung der imperialistischen Staaten faktisch jedes internationale Arrangement durch die sich unaufhörlich verändernden Kräfteverhältnisse immer wieder obsolet mache. Dies ist ein Gedanke, den Lenin von Bucharin übernommen hat. Eine genauere Durchsicht der teilweise veröffentlichten Vorarbeiten und Exzerpte zur Imperialismusschrift (Lenin, Hefte zum Imperialismus, Berlin/DDR 1957, S. 11, 205 f., 414) würde zeigen, daß die Tendenz der großen amerikanischen und europäischen Konzerne und Banken, die Welt in Interessensphären aufzuteilen, Lenin sehr gut bekannt war. Dies zuzugeben, hätte aber bedeutet, daß er die für das revolutionäre Handeln unbedingt notwendige instrumentelle Durchschlagskraft seiner Theorie nicht erreicht hätte (Kapitalismus = Imperialismus = Krieg, Sozialismus = Frieden und Fortschritt). Dieser Zusammenhang wird von Schröder skizzenweise hergestellt (S. 49). Wie sich nach 1917/18 zeigte, hatte auch die These von der steigenden Bedeutung des antiimperialistischen Befreiungskampfes in Asien und Afrika eine überwiegend instrumentale Bedeutung. Auf dem zweiten Komintern-Kongreß im Juli 1920 hielt Lenin das Exploitationsverhältnis zwischen Völkern für den die Situation nach dem Weltkrieg entscheidend prägenden Faktor. Kampf der Nationen gegeneinander und internationaler Klassenkampf fielen so tendenziell zusammen. Aus der Rückschau ergibt sich, daß weniger der internationale Klassenkampf, der da und dort sicher erkennbar ist, sondern vielmehr zwei europäische »Bürgerkriege«, die zugleich auch Weltkriege waren, zur politischen Selbstbestimmung der Länder der Dritten Welt entscheidend beigetragen haben. Inwieweit trifft nun die Schlußthese dieses sehr anregenden Überblicks zu, daß heute der Zusammenhang zwischen »notwendiger Ausbeutung« in der Dritten Welt und der Stabilität des kapitalistischen Systems in den heutigen Imperialismustheorien realistischer gesehen werde als früher? (S. 100 f.).

In der Imperialismusdeutung von *Pierre Jalée* (Das neueste Stadium des Imperialismus), die in der Bundesrepublik viel gelesen und noch mehr zitiert wird, ist zwar davon die Rede, daß der Handel der kapitalistischen Länder untereinander im Wachsen begriffen sei, ebenso ihre industrielle Verflechtung, und dies wesentlich auch durch die Dynamik der Integration in der Nachkriegszeit auf den Gebieten der Zölle, der Währungspolitik und der allgemeinen Wirtschafts- und Handelspolitik verursacht worden sei, während der Handel dieser Länder mit denen der Dritten Welt relativ (teilweise absolut) eher zurückgehe, weil die Erlöse für die Rohstoffe gesunken seien oder stagnierten. Er sieht die Notwendigkeit imperialistischer Politik aber immer noch darin begründet, daß bei wichtigen Rohstoffen (vor allem beim Öl, Bauxit und bei den NE-Metallen) die Abhängigkeit für die Schlüsselindustrien der Länder Westeuropas und Nordamerikas nach wie vor sehr groß sei. Andererseits muß er einräumen, daß die »imperialistische Herrschaft nicht unbestritten« sei. Von Bedeutung ist Jalées Auseinandersetzung mit Eugen Varga, der Staat und Monopole für unabhängige Kräfte hält und deshalb die Stamokap-Theorie, die stärker von Stalin als von Lenin entwickelt wurde, kritisiert. Jalée hält es mit der Definition Stalins, wonach der Staat den Monopolen untergeordnet werde. Diese angeblich das Wesen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten erklärende These

versucht überhaupt nicht zu fragen, weshalb der Staat in den kapitalistischen Demokratien mehr oder minder sich zum »ideellen Gesamtkapitalisten« (F. Engels) entwickelt hat. Leninisten und Stalinisten bleibt natürlich genau wie ihren Urvätern verborgen, daß demokratische Legitimität ein enormes Machtmittel sein kann (nicht muß) und daß die damit verbundene Erhaltung von Massenloyalität nur erreicht werden kann, wenn die führenden politischen Kräfte ein Mindestmaß an Gerechtigkeit und freier Entfaltung garantieren. Auch Jalée benutzt die Methode zur Immunisierung der eigenen Argumente, wenn er betont, daß die rechnerische Erfassung der ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und Dritter Welt die eigentlichen Probleme nicht lösen könne (S. 132). Ängstlich weist Jalée auch den Vorwurf zurück, daß sein an den Untersuchungen von H. Magdoff orientierter Begriff des »Superimperialismus« etwas mit Kautskys »Ultraimperialismus« zu tun habe (S. 178), obwohl er an gleicher Stelle schreibt, daß die Integration gegenüber dem Moment der Konkurrenz im imperialistischen Lager der bestimmende Faktor geworden sei (S. 180). Nichts anderes hat Kautsky behauptet.

Inwieweit sind die Analysen über »abhängige Reproduktion«, die *D. Senghaas* unter dem Titel »Imperialismus und strukturelle Gewalt« herausgegeben hat, wissenschaftlich anspruchsvoller? In der Einleitung geht Senghaas davon aus, daß in keinem der tonangebenden Konzepte, wie sie in den Disziplinen internationaler Politik und internationaler Wirtschaftsbeziehungen üblich sind, unter herrschaftssoziologischen Fragestellungen Kategorien wie Schichtung, Disparität, Dominanz-Dependenz, Metropole-Satellit, Zentrum-Peripherie und Ausbeutung einen bedeutsamen Stellenwert besitzen (S. 14 f.). Die Determinierung des Entwicklungsprozesses der sogenannten unterentwickelten Länder durch die Metropolen lasse sich nur durch die historische Rekapitulation und Analyse ihrer jahrhundertewährenden Eingliederung in die Bedürfnisstruktur der Metropolen zum Ausdruck bringen (S. 20). Der Band enthält keine Beiträge über Abhängigkeitsstrukturen *zwischen* und *in* sozialistischen Gesellschaften. In *Galtungs* struktureller Theorie des Imperialismus wird sichtbar, daß dieser stärker als früher die Politische Ökonomie entdeckt hat. Vielleicht verläßt er sich inzwischen zu sehr auf sie. So spricht er z. B. vom Grad der Verarbeitung als der grundlegenden Variablen der *spin-off*-Auswirkung. Die Ölpreiskrise hat inzwischen deutlich gemacht, daß nicht der Grad der Verarbeitung in diesem Zusammenhang die einzig grundlegende Variable ist, sondern weltpolitische Konstellationen andere Austauschbeziehungen herstellen können, wobei dies sicherlich von den Möglichkeiten der Rohstoffsubstitution durch die Industrieländer mitabhängt. Deshalb ist auch *Galtungs* Feststellung problematisch, daß die Sowjetunion insgesamt keine imperialistische Macht sei, weil sie sich keiner *spin-offs* bei der Verarbeitung von Rohstoffen erfreue. Die Versuchung, sich bei ihren Lieferungen an Weltmarktpreise anzupassen, hat auch die Sowjetunion überwältigt (vgl. S. 56 und 81). In *Galtungs* Beitrag wird die physische Präsenz imperialistischer Gruppen *unter-* und die wirtschaftliche Penetration *überschätzt* (vgl. S. 81, 92 f.). Physische Präsenz bedeutet auch die Möglichkeit, Politik und Kommunikation zu prägen, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten ganz abgesehen. Ohne diese Präsenz kann es durchaus zu Nationalisierung von Schlüsselbetrieben wie zu einer »ertragreichen« Schaukelpolitik kommen. Prinzipiell ist zuzustimmen, daß der Versuch der »Horizontalisierung« nicht nur das Verhältnis Zentrum-Peripherie, sondern auch die Beziehungen Peripherie-Peripherie erfassen sollte (S. 96 f.). In *Gantzels* Analyse von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft wird etwas zu vorschnell vorausgesagt, daß der britische EWG-Beitritt durch die damit wahrscheinlich verbundene Assoziierung ehemaliger britischer Kolonien deren völkerrechtliche Souveränität völlig zur Farce machen werde (S. 116). Inzwischen hat der Vertrag von Lomé ansatzweise einen Weg gewiesen, der die tiefgreifende Asymmetrie in den Beziehungen zu diesen Ländern überwinden kann. Ebenso ist die Be-

hauptung ungenau, die USA seien Schrittmacher der Nachkriegsrüstung gewesen (vgl. meine Hinweise in der Rezension von Forndrans Studie). Die Abhandlung von *James O'Connor* verdient Interesse durch ihre Analyse der frühkolonialen Beziehungen wie auch wegen der Differenzierung der Leninschen Imperialismusdeutung. Dazu gehört der Hinweis, daß zwei Drittel aller Kapitalexporte in den letzten Jahren öffentliche Gelder sind und die herrschenden »staatskapitalistischen« Länder, im Unterschied zum 19. Jahrhundert, vom privaten Kapitalmarkt unabhängig sind (S. 175, 179). Wenn das so ist, wirkt die These O'Connors, die Regierungen der USA und Westeuropas stünden unter wachsendem Druck der internationalen Monopole (S. 184), wenig überzeugend. *Steven Hymer* gibt in seinem Beitrag über multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung eine interessante Skizze der Entstehungsgeschichte der Multis. Im Unterschied zu vielen anderen vertritt Hymer die Auffassung, daß angesichts der wachsenden Probleme in den unterentwickelten Ländern das Zeitalter der Multis eher am Ende als am Anfang stehe (S. 235). Der dritte Teil des Sammelbandes gibt mit Beiträgen von *T. Dos Santos*, *O. Sunkel*, *C. Furtado*, *U. Müller-Plantenberg* und *A. Martinelli* eine kleine Auswahl aus der in den letzten eineinhalb Jahrzehnten mächtig anschwellenden Dependenz-Literatur, wie sie sich vor allem in Lateinamerika entwickelt hat. Das Verdienst dieser Beiträge besteht darin, daß sie die fundamentalen Strukturelemente der Ursachen von Unterentwicklung historisch zu analysieren versuchen. Allerdings ist diese Geschichte zu kurzatmig angelegt und setzt mit der Kolonialgeschichte oder gar erst im 19. Jahrhundert an. Der Hinweis auf vorkoloniale Bedingungen personaler und struktureller Gewalt soll die Kolonialpolitik wie auch die Elemente imperialistischer Beziehungen keineswegs negieren, sondern darauf aufmerksam machen, daß die Verflechtung von vorkolonialen und kolonialen sozialen Prägungen und ökonomischen Rahmenbedingungen noch viel zu wenig erforscht ist. Von Interesse ist auch die Arbeit von *Müller-Plantenberg* über den Zusammenhang von Technologie, Arbeitskräfteeinsatz und Gewinnerwartung, in der eine Reihe der Annahmen von *Sunkel* relativiert werden (S. 343–350). *A. Martinelli* kritisiert vor allem die Dualismustheorie (wonach es in den unterentwickelten Ländern einen kleineren entwickelten Teil gibt, der seine Privilegien durch die Tätigkeit der multinationalen Konzerne erhält, und den weitaus größeren Teil der Bevölkerung, der in der traditionellen Wirtschaft des Landes arbeitet und dessen Verelendung infolge der Stagnation dieses Sektors eher zunimmt). Er besteht darauf, daß der beherrschende koloniale Einfluß die gesamte Gesellschaft transformiere und dieser Prozeß alle Teile der Gesellschaft berühre. Das ist so richtig wie allgemein. Die Vertreter der Dualismustheorie können ihren Ansatz mit eindrucksvolleren Belegen stützen. Trotz mancher historischer Verkürzung, die erheblichen Einfluß auf die Validität von Theorien über Dominanz, Abhängigkeit etc. in den internationalen Beziehungen haben, gibt dieser Band über das Gesamtproblem in umfassender Weise und auf einem Niveau Auskunft, das sonst kaum erreicht wird.

Das Gefälle zwischen diesem Sammelband und dem von *E. Krippendorff* herausgegebenen Reader »Internationale Beziehungen« ist erheblich. Auch wenn die Textauswahl dadurch begründet wird, daß sie versuche, an eine verschüttete, kritische Tradition der Disziplingeschichte Internationale Beziehungen anzuknüpfen – was Historiker nur gut heißen können –, ist bedauerlich, daß die substantiellen Beiträge, die neue Einsichten und Erkenntnisse vermitteln, in der Minderzahl sind. So wiederholt *K. Polyani* (»Der Hundertjährige Frieden«) die sehr simple These, der mächtige soziale Mechanismus, der zwischen 1815 und 1914 den allgemeinen Frieden angeblich gesichert habe, sei die »haute finance« gewesen, bei der die »metaphysische Exterritorialität« einer jüdischen Bankdynastie (der Rothschilds) für das zentrale Bedürfnis der Staaten nach internationalen Krediten eine perfekte Lösung darstellte (S. 42–44). Insgesamt sind die Belege

für diese eher skurril anmutende These von der *unsichtbaren Hand* eher dürftig. Einzelne Beispiele sind eher kontraindikativ, so etwa das russische, wo das angebliche Drängen der *haute finance* auf einen Verfassungsstaat trotz des hohen Kreditbedarfs der russischen Regierung im 19. Jahrhundert nie zum Ziel geführt hat (auch Marx und Engels formulierten derlei Hoffnungen immer wieder von neuem). Vor allem bleibt im Dunkel, weshalb diese angeblich so perfekt funktionierende Organisation des internationalen Finanzwesens 1914 versagte. Weitaus ernster zu nehmen ist die Analyse der Weltwirtschaft nach 1870 durch *M. De Cecco*. Der Nachweis der Flucht Englands in die Märkte des Empires (insbesondere der Dominions) und dessen Verteidigung gegen die Importe anderer Industrienationen in den Jahren zwischen 1890 und 1914 gelingt ihm ebenso wie die Herausarbeitung der Erkenntnis, daß England in jener Phase nicht mehr in der Lage war, die Herausforderung der »zweiten industriellen Revolution« anzunehmen (S. 65 und 74). *A. G. Frank* kritisiert in einer Darstellung der Entwicklung der Unterentwicklung die Dualismusthese; dabei wird auf Japan verwiesen, das ein klassischer Fall der Industrialisierung durch Nichtteilnahme als Satellit am kapitalistischen Weltsystem gewesen sei (S. 97). Diese Begründung ist zu einfach. Möglicherweise war hier eine Konfiguration anderer Faktoren (vom sozialen Rangsystem über spezifische Motivationsstrukturen bis zur Tatsache der Nichtbesetzung durch eine ausländische Macht) entscheidender für die Entwicklung des Landes als das Ausmaß ökonomischer Abhängigkeiten bzw. Nichtabhängigkeiten. Dieses komplexe Beziehungsnetz in Japan enthielt Elemente struktureller Gewalt, die der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder in nichts nachstand. Wenig Kenntnis verrät die in dem Beitrag der DDR-Völkerrechtler *H. Kröger* und *K. Lingner* (Wege zu einer marxistisch-leninistischen Methodologie der Analyse internationaler Beziehungen) aufgestellte Behauptung, die Arbeiten von Marx und Engels zu den Fragen der internationalen Beziehungen stellten Musterbeispiele der Anwendung der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung dar (S. 103). »Das Primat der ökonomischen Faktoren« (S. 108) auch für die internationale Entwicklung ist von Marx und Engels nie in dieser umfassenden Weise verfochten worden. Oft ist bei beiden eher eine Umkehrung des Bezugssystems anzutreffen (vgl. auch die Arbeit des Rezensenten zu diesem Gegenstand in: AfS XII, 1972, S. 109–184). Die beiden Autoren kommen offenbar zu ähnlichen Ergebnissen, wenn sie beteuern, daß für die internationalen Beziehungen der Gegenwart die Bedeutung des ideologischen Faktors nicht hoch genug zu bewerten sei (S. 113). Abgesehen von historischen Beiträgen von *Eckart Kehr*, *Bernd Jürgen Wendt* und *Gerhard Brandt* ist *Krippendorffs* eigene Arbeit von 1963 (Ist Außenpolitik Außenpolitik?) immer noch anregend, weil hier die einzelnen Handlungsfelder und Bezugssysteme, in denen sich Außenpolitik vollzieht, nüchtern bezeichnet werden, ohne daß in trivial-dialektischer Weise (Entweder-Oder-Lyrik) Bezüge hergestellt werden, die meist nur vermutet, in wenigen Fällen aber konkret nachgewiesen werden. So heißt es z. B. im Beitrag von *G. Junne*, *S. Nour* und *F. Schlupp* (»Zur Grobstruktur des internationalen Systems«): »Jeder analytische Neuansatz, der der Deformierung entgehen will, muß von der Perspektive nur *einer* Politik als Herrschafts- und Gesellschaftspolitik, die allerdings unterschiedliche Formen annehmen kann, ausgehen« (S. 233). In ähnlichem Stil nimmt der Ungar *Istvan Kende* (»25 Jahre lokaler Kriege«) für sich in Anspruch, jeweils erkennen zu können, welche Seite einen gerechten bzw. ungerechten Krieg führe (S. 250). *Elmar Altvater* (Weltwirtschaft und Weltwährungssystem) erklärt das schnelle Wachstum der Wirtschaft und des Welthandels nach 1945 wesentlich aus der Produktionsstruktur des Monopolkapitalismus (S. 290). Auch hier ein unilineares Kausalitätsmodell, das politische Faktoren wie den der europäischen Integration, der enormen Zunahme der Massenkaufkraft durch gewerkschaftliche Strategie und flankierende Maßnahmen wohlfahrtsstaatlicher Planung ausblendet. Von den Bei-

trägen des 4. Teils (»Zur Theorie des internationalen Systems«) ist der Beitrag von P. Gäng und R. Reiche (1967) über ein Faktorensystem der Weltrevolution immer noch interessant, weil er eine Topologie von Ländergruppen versucht, in der die Primärfaktoren der wichtigsten Prozesse sichtbar werden sollen. Die Konsequenzen, die aus diesem Ordnungssystem gezogen werden, sind unzulänglich, weil sie wichtige historische Faktoren und Tendenzen unberücksichtigt lassen. Das schließlich am Ende des Bandes abgedruckte (auf einer Tagung der Sektion Internationale Politik der Vereinigung für Politikwissenschaft 1972 in Tutzing entstandene) *Curriculum* der Wissenschaft von der Internationalen Politik formalisiert diese historische Verkürzung dadurch, daß es das Studium der internationalen Beziehungen auf die historische Periode beziehen läßt, »die sozialgeschichtlich mit den Anfängen und der Entwicklung des Kapitalismus zusammenfällt« (S. 365).

Im zweiten Sammelband, den Krippendorff vorgelegt hat, finden sich zu Einzelproblemen der internationalen Beziehungen Beiträge von M. B. Brown, L. Turgeon, E. Senghaas-Knobloch, G. Brandt, K. Steinhaus und E. Mandel. Krippendorff selbst schreibt einen Beitrag zum Zusammenhang von Stabilisierung und Klassenkampf im internationalen System. Hier ist eine Reihe von Ungenauigkeiten enthalten wie z. B., daß sich der Grad an direkter oder indirekter Abhängigkeit vom Weltmarkt nach Grad und Ausmaß der jeweiligen innenpolitischen Liberalität in den einzelnen nationalen Gesellschaften funktional bestimmen lasse. Der Hinweis auf das England des 19. Jahrhunderts mag noch angehen. Aber schon das Beispiel USA taugt nicht sehr viel, weil es sich hier um einen Binnenmarkt handelt, der in der Welt nicht seinesgleichen hat (1 % Binnenwachstum schlagen auch heute noch mehr zu Buche als 10 % Exportsteigerung). Und die nicht erwähnten Beispiele Deutschland und Japan, deren Verflechtung mit dem Weltmarkt in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts schon enorm war, sind eher kontraindikativ.

Im Beitrag von Lynn Turgeon wird auch das ambivalente Verhältnis deutlich, das die sowjetische Führung siegreichen kommunistischen Regierungen in der Dritten Welt entgegenbringt. Das Beispiel Kuba zeigt, daß revolutionäre Erfolge dort wirtschaftlich meist zu Lasten der UdSSR gehen.

Widersprechen muß man der Aussage von Gerhard Brandt zu Rüstung und Abrüstung, wonach in den kapitalistischen Ländern einzig die militärisch orientierte Forschung und Entwicklung sich als praktikable Form von Wissenschaft und Technik erwiesen habe (S. 144). Das mag für die USA zu einem Teil zutreffen, nicht aber für Westeuropa und Japan. Krippendorffs Bemerkung zum Imperialismusbegriff bewegt sich wesentlich im Rahmen einer ökonomischen Analyse. Dabei wird ausgeblendet, daß es neben der Weltmarktbeziehung des Kapitals auch heute noch eine fatale politische Eigendynamik von Großreichen gibt, die etwa bei der Behandlung ihrer Minderheiten und/oder der Länder im Vorfeld sich ganz »unökonomisch« verhalten, egal ob sie stärker privat- oder staatskapitalistisch organisiert sind. Dies gilt für die heutige Sowjetunion ebenso wie für einige Elemente in der amerikanischen Vietnampolitik. Die Analyse über den Einfluß multinationaler Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt zeigt, daß deren Vorgehen wesentlich »ökonomischer« ist als das der Regierungen. Die von Krippendorff erwähnte Definition der nationalen Sicherheit durch W. W. Rostow von 1956 (S. 193) macht dabei deutlich, daß Schumpeters Atavismusthese immer noch nicht »atavistisch« ist. In Mandels Kritik der Vorstellung vom »Wettkampf der Systeme« fehlt ein Hinweis darauf, daß nicht nur die Wirtschaftskraft der osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion nicht ausreicht, einen bedeutenden Teil der Gesamtexporte der Dritten Welt aufzukaufen, sondern daß die Schwächen der erstgenannten Länder auch in der Form der Wirtschaftsorganisation und der Währungsverfassung sowie der Zieldefinition zu suchen sind.

In seinem Versuch über das Thema »Entwicklung und Revolution« geht B. Willms darauf aus, das Monopol des Marxismus auf welthistorische Universaltheorie ebenso zu bestreiten wie das politische Defizit der bloß »szientistischen« Grundlegung der »internationalen Politik« herauszustellen: »Versucht ist eine allgemeine Theorie der globalen Situation, in der das revolutionäre Verhältnis sozialistischer Entwicklungen in der »Zweiten Welt« sowie die Dynamik der »Dritten Welt« bestimmbar werden« (S. 14). Dies geschieht auf weiträumigen, vom Autor aber für notwendig gehaltenen, »Ab- und Umwegen«. Der dabei entwickelte Wortreichtum, der gelegentlich mehr verdunkelt als erhellt, läßt vor allem die Frage offen, ob solche Grundlegungen einer »dialektischen Theorie der internationalen Politik« noch zeitgemäß sind, weil Dialektik, nicht nur als Methode, sondern auch als Bewegungsform der Vernetzung der Kausalität im *Mehrpersonen»spiel* der gegenwärtigen internationalen Beziehungen kaum mehr beikommt. Deshalb ist die Umkehrung des Popperschen Begriffs der offenen Gesellschaft (S. 267) und seine topographische Fixierung auf die Entwicklungsländer, für die die Disposition über beide welthistorische Alternativen (Kapitalismus/Sozialismus) noch offen sei, zunächst kaum mehr als ein Wortspiel. Von fast unfreiwilliger Komik ist seine Feststellung: »Die allgemeine Revolution ist nur einmal zu machen«; und dazu sein Kommentar: »Ein Argument, das übrigens jedem Marxisten in der Sowjetunion oder etwa der DDR sofort einleuchtet« (S. 322). Da kann man nur sagen: Weil sich's in der etablierten Revolution eben so schön und bequem leben läßt! Willms' historische Perspektive enthält wohl nur Theorie bzw. Theoriefragmente, sonst wäre ihm aufgefallen, daß die »sozialistische Mobilisierung«, die Lenin und Stalin in Gang gebracht haben, die Fortsetzung einer im zaristischen Rußland üblichen, aber sehr problematischen Tradition der »Revolution von oben« darstellt, durch die Rückständigkeit – wenn man ihre Einzelaspekte wie das Gesamtverhalten betrachtet – eher perpetuiert oder petrifiziert als abgebaut wird. Im Gegensatz zum Rußland von 1917 hatte das China Mao-tse-tungs sehr viel plausiblere Gründe, *Selbständigkeit* auch in der zeitweisen *Rückständigkeit* anzustreben und dabei aus der Not der Rückständigkeit die Tugend zu machen, ein Fortschrittsmodell zu entwerfen, das für Länder in vergleichbarer Lage humaner und eher realisierbar ist als das sowjetische.

9. Historische Friedensforschung

Fritz Dickmann, Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien zum Friedensproblem in der Geschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 321 S), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1971, 183 S., kart., 8,80 DM.

Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1970, 150 S., kart., 17,80 DM.

Volker R. Berghahn, Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914 (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 5), Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 94 S., Folieneinbd., 14 DM.

Annette Kuhn, Theorie und Praxis historischer Friedensforschung (= Studien zur Friedensforschung, Bd. 7), Klett/Kösel Verlag, Stuttgart/München 1971, 149 S., brosch., 9,80 DM.

Annette Kuhn/Gisela Haffmanns/Angela Genger, Historisch-politische Friedenserziehung (= Unterrichtsmodelle zur Friedenserziehung), Kösel Verlag, München 1972, 159 S., kart., 16,80 DM.

Wolfgang Huber (Hrsg.), Historische Beiträge zur Friedensforschung (= Studien zur Friedensforschung, Bd. 4), Klett/Kösel Verlag, Stuttgart/München 1970, 242 S., engl. brosch., 20 DM.

Karl Hammer, Christen, Krieg und Frieden. Eine historische Analyse, Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br. 1972, 191 S., Pb., 18 DM.

Die Sammlung von Studien des 1969 verstorbenen Historikers *Fritz Dickmann* wird von den Herausgebern als Beitrag eines Historikers zur Friedensforschung bezeichnet. Der erste Beitrag ist dem Problem der Gleichberechtigung der Konfessionen im Reich im 16. und 17. Jahrhundert auf der Spur. Dickmann macht deutlich, daß es bei den »Konfessionen« und deren Konflikt nicht in erster Linie um die freie Religionsausübung und ähnliche Fragen ging, sondern vor allem um politische Machtauseinandersetzungen zwischen »Religionsparteien«. Modern gesprochen, beginnt mit der Ausformung dieser Religionsparteien (1524) eine Blockbildung, in der sich die Auseinandersetzungen schon in ähnlicher Weise akzentuieren wie im gegenwärtigen Konflikt der ideologisch bestimmten Blöcke. Dies brachte es mit sich, daß beide Parteien nicht nur in theologischen, sondern auch in entscheidenden Rechtsfragen sich auf völlig verschiedenem Boden bewegten; jede glaubte sich selbst im vollen Besitz der Wahrheit und den Gegner in schuldhafter Verblendung verstrickt (S. 10). Parallelen lassen sich auch daran aufweisen, daß ein evangelischer Landesherr unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Kirchengut zu beinahe jedem ihm gutdünkenden Zweck für sich in Anspruch nahm, während ein katholischer Landesherr durch das kirchliche Recht gebunden blieb. Das Heilige Römische Reich erschien als verkleinertes Universum, der Reichstag als eine Art Vollversammlung der Regierungen des Völkerbundes oder der Vereinten Nationen. Auf entsprechende Weise kam die Verpflichtung des Staates zur Toleranz nicht aus der Toleranzidee, wie sie schon im 16. Jahrhundert vom Humanismus verfochten wurde, sondern aus der Rivalität der beiden großen Konfessionen. Allerdings – und hier finden die Parallelen ihr Ende – bestand das *ius emigrandi* als wichtigstes Grundrecht, das vor dem Äußersten, der Verfolgung wegen Ketzerei, schützte und einen Ausweg für die in ihrem Gewissen und ihrer Freiheit Bedrängten bildete.

Die zweite Studie Dickmanns ist dem Rechtsgedanken und der Machtpolitik bei Richelieu gewidmet. Richelieus Instruktionen (1642) enthalten u. a. den originellen Gedanken der wechselseitigen Garantieverpflichtungen aller Signatarmächte, der wesentliche Elemente dessen enthält, was man heute ein System kollektiver Sicherheit nennen würde, in das die ganze europäische Staatenwelt einbezogen werden soll. Ein ähnliches System – und darauf weist Dickmann in einem weiteren Beitrag hin (»Krieg und Frieden im Völkerrecht der frühen Neuzeit«) – wurde schon 1455 zwischen den Signatarmächten des Friedens von Lodi errichtet. An gleicher Stelle macht Dickmann auch den Wandel im Kriegsbild vom 16./17. Jahrhundert zum 18. Jahrhundert deutlich. Im Gegensatz zur »grausamen Wildheit der Religionskriege« zeigen die »Kabinettskriege« des Absolutismus eine Tendenz zur Schonung der Zivilbevölkerung und eine Begrenzung der Kriegsziele. Die hier errichteten Schutzwehren zur »Hegung« des Krieges wurden durch die im Gefolge der französischen Revolution entstandenen kriegerischen Konflikte wieder eingerissen (S. 143). Es wird hier auch deutlich, daß es schon im 17. Jahrhundert den tiefgreifenden Unterschied zwischen *Zentrum und Peripherie* gegeben hat. Jenseits der »Freundschaftslinien«, die durch einen bestimmten Breitengrad und Meridian im Atlantischen Ozean die Grenze zwischen dem europäischen Friedens- und dem überseeischen Kriegsgebiet bestimmten, herrschte ein völkerrechtsloser Naturzustand, in dem das Recht des Stärkeren meist auf dem Rücken der eingeborenen Bevölkerung ausgetragen wurde. Weitere Beiträge (»Der Krieg als ethisches Problem« sowie »Der Krieg als Rechtsproblem in Antike und Mittelalter«) weisen darauf hin, wie sehr eine umfassende Geschichte der Entstehung des Völkerrechts und seiner Anwendung ein Desiderat der Geschichtswissenschaft bleibt.

Auch die Arbeit von *Eberhard Kolb* über den Kriegsausbruch 1870 versteht sich als historische Studie zur Friedensforschung, wobei Kolb die Meinung vertritt, daß der Beitrag des Historikers in diesem Rahmen vor allem auf dem Felde der Konfliktforschung zu

leisten sei (S. 7). In seinen einleitenden Bemerkungen zum Wandel der Verantwortlichkeiten in der »Kriegsschuldfrage« von 1870 macht Kolb deutlich, daß durch Memoirenveröffentlichungen seit den 1890er Jahren die bis dahin in Europa herrschende Auffassung von der entscheidenden Verantwortung des bonapartistischen Frankreich am Ausbruch des Krieges von 1870 ins Wanken geriet. In diesem Prozeß der Verschiebung der Verantwortlichkeit wurde in wachsendem Maße das Bismarck-Bild dämonisiert, »ohne daß im übrigen eine methodische Grundlegung für diese veränderte Akzentuierung des Verantwortlichkeits- und »Schuld«-Begriffs« (S. 15) erfolgte. Während ursprünglich der Verlauf der Julikrise und der Kriegserklärung bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit den Ausschlag gab, wurde seit den 1890er Jahren die Politik Preußens und Frankreichs in den Monaten und Jahren vor dem Kriegsausbruch in die Untersuchung der Schuldfrage einbezogen. Kolb versucht durch die Berücksichtigung der 1870 maßgeblichen politischen und völkerrechtlichen Normen Kriterien der Bewertung zu entwickeln, die herausfinden sollen, welches die »entscheidenden Stationen des Krisenverlaufs waren, durch welche praktischen Handlungen der Eskalationsprozeß in Gang gesetzt und forciert wurde, wann und wodurch somit von einer der beteiligten Regierungen zuerst die Risikoschwelle zum bewaffneten Konflikt überschritten worden ist« (S. 18). Problematisch ist Kolbs Tendenz, den französischen Abrüstungsplan vom Jahresanfang 1870 einseitig als Versuch zu interpretieren, Preußen international zu isolieren (S. 39 f.). Schließlich hatte die preußische Heeresreform von 1862/63 Elemente der Rüstungsdynamik ins Spiel gebracht, die in der preußischen Innenpolitik nicht unbeachtet geblieben waren. Der 1869 von Rudolf Virchow im Preußischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag, die preußische Politik solle eine allgemeine Abrüstung anstreben, war immerhin von 99 Abgeordneten (bei 215 Gegenstimmen) gutgeheißen worden. Friedrich Engels hat in den 1870er und 1880er Jahren mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß die preußische Heeresreform das allgemeine europäische Wettüben mitinitiiert habe. Abgesehen von dieser nicht ganz problemlosen Passage gelingt es Kolb sehr überzeugend, die Ungereimtheiten in der französischen Politik – auch in der Frage der verschiedenen Kandidaturen für den spanischen Thron – in der Vorgeschichte des Konflikts herauszupräparieren. Als zentrales Moment für die Beurteilung der Verantwortlichkeit sieht Kolb die Erklärung der französischen Regierung in der Abgeordnetenkammer am 6. Juli 1870 an. Die dort erfolgte öffentliche Festlegung auf ein Maximalprogramm (insbesondere die Forderung nach einer Garantierklärung von Preußen, das in dieser Frage offiziell nicht involviert war) war nicht nur ohne Beispiel in der europäischen Diplomatiegeschichte, sondern legte die französische Politik in einer Weise fest, in der nur noch die beiden extremsten Alternativen (vollständige preußische Demütigung oder Krieg) als Pseudooptionen übrigblieben (S. 72–74). Dabei hat das »Prävalieren« innenpolitisch-parlamentarischer Rücksichten und Nebenabsichten den Krisenverlauf wesentlich bestimmt. Das »*empire libéral*« benötigte zu seiner inneren Stabilisierung einen äußeren Triumph (S. 89–92). Unter den ausländischen Diplomaten herrschte nach der Kammererklärung vom 6. Juli übereinstimmend die Ansicht, die französische Regierung habe die Schiffe hinter sich verbrannt (S. 111). Auch die mit der frühen inhaltlichen Festlegung verbundene Verkürzung des Zeitbudgets trug entscheidend zur Krisenverschärfung bei. Die Bedeutung der Studie Kolbs liegt in der Präzision, in der vom Inhalt wie vom Zeitbudget her der Punkt bestimmt wird, von dem ab der Krieg mit einer Wahrscheinlichkeit, die irgendwo zwischen 90 und 99,99 % liegt, »unvermeidlich« war. Solche Fallstudien über Entscheidungsprozesse machen außerdem deutlich, daß Ereignisabläufe ihre eigene Struktur und Dynamik entwickeln und in Krisenzeiten die spezifischen Verhaltensstile der wichtigsten Akteure, ihre kognitiven Fähigkeiten wie ihre Wahrnehmungsdefizite einen über das übliche Maß hinausgehenden, beim verkürzten Krisenverlauf noch weiter

steigenden Anteil am Geschehen bekommen. Es wäre zu wünschen, daß durch solche qualitativen Einzelstudien in vermehrtem Maß die Validität quantitativer Kriegsur-sachenuntersuchungen und der daraus abgeleiteten Annahmen geprüft werden könnten.

In seiner Untersuchung »Rüstung und Machtpolitik«, in der die Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914 freizulegen versucht wird, kritisiert eingangs *Berghahn* das Zögern der Friedens- und Konfliktforschung, selbst in die Archive zu gehen und über das bisher veröffentlichte Material hinaus eigene Quellenstudien zu betreiben. *Berghahn* stützt seinen Beitrag auf die erst in den 60er Jahren mögliche systematische Auswertung der für den Wilhelminischen Rüstungskomplex relevanten Akten im Bundesarchiv, im Bundesmilitärarchiv sowie in anderen Archiven in der BRD und in der DDR. Der vorliegenden Studie ist eine umfassendere Untersuchung *Berghahns* über den »Tirpitz-Plan« vorausgegangen (Düsseldorf 1971), in der die Verknüpfung von politisch-militärischen Strategien zur Sicherung überseeischer Märkte mit den Versuchen zur Bewältigung innerer Krisen im Wilhelminischen Reich herausgearbeitet wurde. Hier geht es nun um die Fragestellung, inwieweit das europäische Wettüsten vor 1914 durch ein von der deutschen Politik einseitig ausgelöstes Flottenüsten begonnen wurde. *Berghahn* stellt die These auf, daß es sich hier um das erste *moderne* Üsten gehandelt habe, weil es zum erstenmal in der Geschichte so gut wie alle Charakteristika umfaßt habe (technologische, sozioökonomische, ideologische und massenpsychologische Faktoren), die von der Friedens- und Konfliktforschung als typisch für Üstenprozesse erarbeitet worden seien (S. 10). Im ersten Kapitel geht er auf die *gesamtgesellschaftliche* Funktion der Wilhelminischen Üsten und der auf sie wirkenden Mechanismen der Herrschaftsstabilisierung (durch innere und äußere Machtpolitik) ein. Im 2. Kapitel wird die Mobilisierung der Flottenbewegung dargestellt. Im 3. Kapitel werden Umriss des militärisch-industriellen Komplexes im deutschen Teilbereich skizziert; das 4. und letzte Kapitel behandelt wichtige Einzelaspekte des deutsch-englischen Wettüstens. *Berghahn* legt dar, daß kurz vor 1900 die Friedenspräsenzstärke des Heeres eingefroren wurde, weil innen- und außenpolitische Überlegungen die Erhöhung des Landheeres unratsam machten (S. 80). Das Feld, auf dem noch Bewegung in der Üstenpolitik möglich schien, war demnach der Flottenbau. *Berghahn* verfißt keine absolute Innenleitungsthese. Diese These ließe sich auch durch seine Untersuchung nicht erhärten. Die Konsistenz der Innenleitungsthese wird nur dort voll nachgewiesen, wo es um die Furcht der Reichsleitung vor einer »Parlamentsflotte« ging. Auch hier spielte sich der Konflikt wesentlich innerhalb der herrschenden Klassen von industriellem Bürgertum und adligem Großgrundbesitz ab (S. 32). Deutlich wird auch, daß die Taktik des *overselling*, um vom Reichstag die finanziellen Mittel für die Programme zur Flottenaufüsten zu erhalten, sehr ambivalente Ergebnisse zeitigte. Der 1898 von der Reichsleitung mitgegründete Flottenverein entwickelte schon bald eine Eigendynamik. Die Regierung befand sich hier teilweise in der Rolle des Zauberlehrlings (S. 42–45, ähnlich S. 66 f.). In der Frage des »militärisch-industriellen Komplexes« wird sichtbar, daß der ursprüngliche Anstoß für das Engagement der Industrie in der Flottenbewegung »stark von der politischen Führung ausging« (S. 48). Ebensowenig wurde der Flottenbau zur Glättung der Konjunktur benutzt. Auch bei Konjunkturerinbrüchen ging Tirpitz nicht von seinem Zeitplan ab (S. 50, ähnlich S. 62 f.). Schließlich wird deutlich, daß durch die steigenden Kosten der Flottenüsten Steuererhöhungen drohten, die den innenpolitischen Spielraum der Regierung entscheidend verkleinern mußten. Tirpitz gehörte kurioserweise zu denen, die diese Gefahr von Anfang an gesehen und gefürchtet hatten (S. 68). Spätestens 1909 – als die Engländer zu einem großen Flottenbauprogramm übergingen und auch ihre strategische Doktrin änderten (Übergang zur Fernblockade) – wurde das Scheitern der Hoffnungen sichtbar, daß die deutsche Flotte jemals als Hebel gegen das Empire benutzt werden könnte. Statt

daraus die Folgen zu ziehen, wurde die Lageeinschätzung durch den Kaiser und seine Berater immer irrationaler. Die deutsche »Auskreisung« wurde als »Einkreisung« empfunden (S. 85). Für diesen Prozeß ist die Autismus-These von Senghaas ein interessanter Ansatz, den aufzunehmen für Historiker von Nutzen wäre. Berghahn gibt dazu einige Anregungen, die es wert wären, weitergeführt zu werden (S. 86–92). Insgesamt gelingt es Berghahn nur teilweise, die Konsistenz seiner Thesen nachzuweisen. Hinsichtlich des militärisch-industriellen Komplexes und des Innenleitungstheorems gibt es eine Reihe von kontraindikativen Hinweisen, die Berghahn selber aufführt, was für sein methodisches Vorgehen spricht. Schließlich hat man den Eindruck, bei der Flottenrüstung vor 1914 habe es sich überwiegend um eine enorme Fehlperzeption der internationalen Entwicklung durch die Reichsleitung wie die sie tragenden Machtgruppen gehandelt, die ihre spezifischen gesellschaftlichen und sozialpsychischen Ursachen hatte, wie heute noch in den Studien von Eckart Kehr mit Gewinn nachzulesen ist.

Während es bei den vorangegangenen drei Arbeiten wesentlich um Beiträge zur Genese, zum Verlauf und zu den Wirkungen von Konflikten ging (einschließlich ihrer rechtlichen Regelung), versucht *Annette Kuhn* eine historische Friedensforschung zu begründen, die in erster Linie am Wert *Frieden* orientiert ist. A. Kuhn weist darauf hin, daß die Disziplinen der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie und der Pädagogik durch ihren Praxisbezug ein ungebrocheneres Verhältnis zur Friedensforschung hätten als die Geschichtswissenschaft, die sich heute noch weitgehend als eine Erkenntniswissenschaft verstehe (*»Theorie und Praxis historischer Friedensforschung«*, S. 11). Hinsichtlich der Methodenbildung schlägt A. Kuhn einen Dreischritt vor. Der wichtigste methodische Schritt ist die Hypothesenbildung, die methodisch am Anfang steht. Die Autorin geht bewußt aus vom gegenwärtigen Interesse an der Friedenssicherung und dem Dialog mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Friedensforschung. Durch die Hypothesenbildung »kristallisieren sich erst die relevanten Forschungsgegenstände heraus« (S. 18). Der zweite methodische Schritt betrifft die quellenkritische Arbeit. »Hier geht es einzig und allein um eine sachgemäße, historisch-deskriptive Darstellung, die von der Hypothesenbildung vollkommen abstrahiert« (S. 18). Der dritte Schritt führt zur Analogiebildung durch Konfrontationen des historisch erarbeiteten Materials mit den Hypothesen. Über dieses methodische Vorgehen läßt sich reden, immer vorausgesetzt, daß die Hypothesenbildung nicht auf einer dogmatisch zementierten Begrifflichkeit aufbaut, durch die nicht nur die Quellenauswahl eingeengt wird, sondern auch eine Selektion der verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten, und sei es auch nur auf indirektem Wege, entsteht. Im weiteren Verlauf ihres methodischen Vorgehens wird deutlich, daß A. Kuhn ihr Urteil über die Geschichtswissenschaft in der BRD weitgehend aus den Schulbüchern ableitet. Dies ist nicht falsch: erstens, weil einige historische Handbücher zugleich als Schulbücher dienen; 2. weil dadurch in radikaler Weise auf das weithin unbewältigte Transferproblem zwischen den Ergebnissen des akademischen Wissenschaftsbetriebs und der Praxis der Geschichtswissenschaft als Lehr-, Unterrichts- und Bildungsfach aufmerksam gemacht wird. Denn diese Praxis der Geschichtswissenschaft prägt zu einem wesentlichen Teil das Bild, das sich die Öffentlichkeit wie auch andere »modernere« Wissenschaften von der Geschichte machen. Den neuen Ansatz in der politischen Bildung in Richtung auf eine Friedenspädagogik sieht A. Kuhn in einer Didaktik des politischen Konflikts, der politischen Aufklärung und der Gesellschaftskritik (S. 30). Dabei bleibt im Dunkeln, welcher Konfliktbegriff zugrunde liegt. Ebenso ist zu fragen, ob die Kritische Theorie, die die Kluft zwischen den für die Friedenspädagogik konstitutiven Disziplinen (Geschichtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Erziehungswissenschaft) überwinden soll, nicht von einem überzogenen Kommunikations- und Politisierungsbegriff ausgeht, der schließlich Apathie begünstigt. Dieser methodischen und theoretischen Einleitung folgt eine längere Studie,

überschrieben mit »Die Provokation des Friedens und der religiöse Sozialismus der Deutschkatholiken im Jahre 1848/1849«. Obwohl zu den Deutschkatholiken zeitweise wichtige Publizisten und Politiker der Revolution von 1848/49 gehörten (z. B. Julius Fickler, Gustav Struve, Robert Blum und G. G. Gervinus), ist doch angesichts des von A. Kuhn erhobenen Anspruchs zu fragen, ob politisch-soziale Großkrisen durch die Analyse eher esoterischer Gruppen zu erklären sind.

»Historisch-Politische Friedenserziehung« ist der Gegenstand des nächsten Bandes, der Beiträge von A. Kuhn, Gisela Haffmanns und Angela Genger enthält. A. Kuhn versucht Zugang zur Geschichte als einer der Voraussetzungen der Friedenserziehung von dem Problem der Gewalt aus zu gewinnen. Unter Gewalt wird im Sinne von Johan Galtung die Ursache für die Differenz zwischen dem Tatsächlichen und dem Möglichen verstanden. Daraus wird der Schluß gezogen: »Friede bedeutet demnach die Übereinstimmung des Faktischen mit dem Möglichen« (S. 19). Hier droht Vereinfachung. Dies wird z. B. in der Behauptung sichtbar, das Leiden der Arbeiterbevölkerung im Frühindustrialismus sei »eindeutig Ausdruck von Gewalt« gewesen (S. 20). Diese These ist zu pauschal. Hier muß viel konkreter gefragt werden, welche Leiden vermeidbar waren? Dabei müssen die Maßstäbe einer zeit- und raumimmanenten Interpretation beachtet werden, sonst ergeben sich nur triviale Ergebnisse in der Richtung, daß die Altvorderen Dummköpfe oder Verbrecher waren. Wenig begründet scheint auch das Urteil, daß die Kriegsursachen- und Kriegszielforschung, wie sie etwa Fritz Fischer betrieben hat, nicht mit Friedensforschung gleichzustellen sei (S. 31). Dahinter steht offensichtlich eine Fetischisierung des Wortes *Frieden*, die der Untersuchung des Gegenstandes selbst schadet.

Die Vorschläge von G. Haffmanns zur Behandlung des 1. Weltkrieges im historisch-politischen Unterricht stellen einen beachtlichen Beitrag dar, dessen didaktische Sequenzen im allgemeinen einleuchten.

Hingegen kann die Behandlung des Themas »Krieg und Frieden in der Sicht von Karl Marx« von A. Genger kaum überzeugen. Gleich eingangs werden Grundaussagen von Marx verfälscht. Marx hat nicht behauptet, daß das ökonomische Sein das Bewußtsein der Menschen bestimme, sondern das gesellschaftliche Sein (was sich gewiß nicht auf die Ökonomie reduzieren läßt) das Bewußtsein bestimme (S. 86). Wieso gerade aus der Marxschen Bewertung des Krieges von 1870/71 in seinen verschiedenen Phasen der Schüler zu der Einsicht gelangen soll, daß zum Abbau struktureller Gewalt personale Gewalt in bestimmten historischen Situationen (wobei es auf die Zweck-Mittel-Relation ankomme) notwendig sei (S. 114), bleibt unerfindlich. In den vorliegenden Unterrichts-entwürfen wird der ambivalente Charakter der Marxschen Gewalt-, Kriegs-, und Revolutionslehre wie deren eigene geschichtliche Entwicklung nicht deutlich. Daneben wird unterschlagen, daß die Engelssche Kriegslehre die Strategie und Taktik der sozialistischen Parteien vor 1914 sehr viel stärker bestimmt hat als Marx (Engels wird überhaupt nicht erwähnt). Die Erkenntnisse und Einsichten haben meist eine Entweder-Oder-Struktur, die die Tendenz der Schüler, die Umwelt zu vereinfachen, noch verstärkt. Die Gefahren falschen Lernens werden dadurch nicht gemieden, sondern provoziert. Es wird auch nicht darauf aufmerksam gemacht, daß es andere Mittel als die der personalen Gewalt gibt, um strukturelle Gewaltverhältnisse zu ändern (z. B. gewaltfreie Aktionen). Diese Defizite wiegen schwerer als die Tatsache, daß hier ein Marx *aus der Gartenlaube* vorgeführt wird.

In dem von W. Huber herausgegebenen Sammelband »Historische Beiträge zur Friedensforschung« stellt Georg Picht einleitend die Frage, ob eine Weltordnung ohne Krieg möglich sei. Durch die neuen Formen von Herrschaft über die Natur, die im 20. Jahrhundert entwickelt worden seien, habe die Menschheit eine »negative Verfügungsgewalt über die Totalität ihres eigenen geschichtlichen Daseins gewonnen« (S. 7). Dagegen

hätten die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, in denen wir leben, dem qualitativen Sprung in der Expansion menschlicher Machtpotentiale nicht folgen können. Picht erklärt »den eigentümlich irrationalen Charakter« der heute zur Diskussion stehenden Friedensmodelle zu einem wesentlichen Teil »aus den in ihrem Rücken wirksamen geschichtlichen Reminiszenzen und Vorurteilen, die längst vergangene Situationen« reproduzierten (S. 14). Daraus folgert er, daß die der Friedensforschung zugrundeliegende Vernunft nur aus der Struktur des menschlichen Vermögens hergeleitet werden könne, Zukunft in gegenwärtiger Erkenntnis zu antizipieren. Picht stellt ein Bezugsmuster zwischen den drei Formen der Antizipation von Zukunft (Prognose, Utopie, Planung) her und meint, auf die Stufe einer aufgeklärten Reflexion über die Sachverhalte und über sich selbst gelange Vernunft im Vorgriff auf die Zukunft nur, wenn die Prognosen von Utopie, die Utopie von Planung, die Planung von Prognose kritisch durchleuchtet würden. Seiner These, daß unsere Zivilisation zugrunde gehen werde, wenn die »Utopie« (im Sinne einer kritischen *und* konstruktiven Utopie) einer Weltordnung ohne Krieg nicht realisiert werde, läßt sich kaum etwas hinzufügen. Dem Kantschen Friedensbegriff widmen sich zwei Beiträge von *Eike Christian Hirsch* und *Otto Dann*. Der letztere versucht zugleich einen neuen Ansatz für die historische Friedensforschung, indem er die einzelnen Friedenskonzepte nicht mehr nur als bloße Emanationen individuellen Geistes ohne Beachtung des historischen Kontextes interpretiert, sondern am Beispiel der Friedensdiskussion der deutschen Gebildeten im Jahrzehnt der Französischen Revolution deren Vorstellungen als Ausdruck des politischen Bewußtseins einer Schicht der Gesellschaft versteht (S. 98–100). Kritisch ist zu vermerken, daß auch bei ihm sich die undifferenzierte Auffassung fortschleppt, wonach Frankreich zu dem Krieg von 1792 gezwungen worden sei (S. 108).

Wolfgang Hubers Beitrag über »Evangelische Theologie und Kirche beim Ausbruch des 1. Weltkrieges« zeigt, daß die These von Klaus Schwabe, es gebe jeweils eine Übereinstimmung zwischen liberalem religiösen Bekenntnis und liberaler politischer Einstellung einerseits, zwischen theologischer Orthodoxie und politischem Konservatismus andererseits, nicht besteht. Auch die Stellungnahmen zum Krieg weisen aus, daß eine kirchenpolitisch »linke« Position nicht daran hinderte, politisch rechts zu sein (S. 138, 156, 193).

Friedrich Kleins Analyse von Rüstungsbeschränkungen zwischen den beiden Weltkriegen ist informativ und zeigt – etwa bei den Argumentationsmustern von Regierungen, die Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung ablehnten – die Aktualität der Fragestellung. Es wäre nützlich, einmal diesen Zusammenhang in einem umfassenderen Rahmen zu behandeln.

Karl Hammer untersucht in seinem Bericht über »Christen, Krieg und Frieden« die Rolle, die die Kirchen in ihren jeweils verschiedenen Vertretern offiziell oder weniger offiziell Kriegen gegenüber eingenommen haben. Ihm geht es auch um die ethische Frage, die für rund 3000 Jahre gestellt werden muß, weil seiner Meinung nach seit dem alten Israel auch jede christliche Generation auf ihre Weise versucht habe, sich am Alten Testament für alle Lebensbereiche zu orientieren. Es ist deshalb nicht zufällig, daß es schon im zweiten Jahrhundert eine von Markion initiierte Bewegung gab, die wegen des Kriegsbegriffes und des Rachedenkens im Alten Testament die Auffassung vertrat, dieses sei durch seinen ganz anderen Gottesbegriff für einen echten Christen unmaßgeblich geworden (S. 22–24). Auch im Mittelalter gab es eine Reihe namhafter Vertreter der Kirche (der heilige Benedikt und der heilige Martin), die es insbesondere den Dienern der Kirche nicht erlauben wollten, sich an Kriegen zu beteiligen. Dennoch wurde seit dem 11. Jahrhundert ein angeblicher »Befehl Gottes« immer mehr dazu benutzt, kriegerische Gewalt zu legitimieren. Die Idee des *bellum iustum* wurde nach der Glaubensspaltung sehr eifertig von den geistigen Vätern des Protestantismus (Melancthon und

Luther) übernommen (S. 70–74). Hingegen lebte in der Täuferbewegung, ähnlich wie vorher schon bei den Waldensern und später bei den Quäkern und Brüdergemeinden, die urchristliche Verweigerung des Eides und des Waffentragens wieder auf. Hammers Kritik an der Tendenz vieler historischer Handbücher, die vom Zeitalter der Glaubenskämpfe oder gar der Religionskriege sprechen (S. 86), wirkt in diesem Zusammenhang etwas gekünstelt, weil er selbst zeigt, wie tief diese Auseinandersetzung das Leben der Menschen geprägt hat, auch wenn ihm sicherlich darin zuzustimmen ist, daß es daneben Jahrzehnte mit friedlicher Entwicklung gab. Bei Ernst Moritz Arndt begann sich während der sogenannten Befreiungskriege »der fortschreitende Sieg des alten, germanischen Kriegers Wotan über den Lehrer der Bergpredigt« durchzusetzen (S. 111), der teilweise dazu führte – wie besonders in den Kriegen von 1870 und 1914 sichtbar –, daß das Kanzelevangelium auf eine Art Kriegsberichterstattung reduziert wurde. Nach dem 2. Weltkrieg gab es bei den christlichen Kirchen eine breite Bewegung, die die Legitimierung des Krieges als Mittel der Politik ablehnte. Hammer schließt ab mit einer kurzen Skizze des Widerstandes in der Dritten Welt gegen das »Auserwählungsbewußtsein« von Weißen, von dem auch die Missionsbewegung nicht frei war (S. 148 f.). Angehängt ist eine Dokumentation über Kriegsgedichte 1914/18, die für sich – oder besser gegen sich – selbst sprechen. Hammers Bericht ist als erster kurzer Überblick nützlich. Es wäre von Interesse, insbesondere seit der frühen Neuzeit einmal genauer zu untersuchen, wie stark hinsichtlich des Friedensproblems in den einzelnen Epochen die Prägung des allgemeinen Bewußtseins durch die herrschenden kirchlichen Leitbilder war.

10. Diverse Sammelbände und Einzelbeiträge

Theodor Ebert (Hrsg.), *Ziviler Widerstand*. Fallstudien zur gewaltfreien, direkten Aktion aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 322 S., Folieneinbd., 9,80 DM.

Rainer Rilling, *Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD* (= Kleine Bibliothek 8), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970, 312 S., engl. brosch., 9,80 DM.

Oskar Schatz (Hrsg.), *Der Friede im nuklearen Zeitalter. Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. 4. Salzburger Humanismusgespräch (= Reflexion, Bd. 8), Manz Verlag, München 1970, 278 S., kart., 15,80 DM.

Daniel Frei, *Kriegsverhütung und Friedenssicherung. Eine Einführung in die Probleme der internationalen Beziehungen*, Verlag Huber, Frauenfeld/Stuttgart 1970, 258 S., Pb., 18 DM.

Heide Streiter-Buscher (Hrsg.), *Der geplante Frieden. Zehn Perspektiven*, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1972, 224 S., kart., 25 DM.

In dem Band »*Ziviler Widerstand*« weist Ebert insbesondere darauf hin, daß die Untersuchung der Reaktion der »anderen Seite« bisher stark vernachlässigt worden sei. Man habe sich zuweilen mit schablonenhaften Feindbildern, sprich »Charaktermasken«, begnügt (S. 29). Im ersten Beitrag untersucht Volker Hornung das Herauswachsen der »black power«-Revolte aus der Krise der gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung, die seit 1963/64 nicht mehr richtig vorankam und teilweise stark dem Terror weißer Rassisten ausgesetzt war. Martin Luther King hat dann sehr bald auf die große Paradoxie der black power-Bewegung hingewiesen, die unaufhörlich davon spreche, die Werte der weißen Gesellschaft nicht imitieren zu wollen, aber durch Empfehlung der Gewalt den schlimmsten, brutalsten, unzivilisiertesten Faktor des amerikanischen Lebens imitiere (S. 49). Gernoth Jochheim berichtet über Bürgerinitiativen gegen die NPD 1968/69. In manchen Formulierungen steckt noch der pseudoethische Jargon der Jugendbewegung jener Jahre, so, wenn es heißt, die NPD sei nur »der abstoßendste Ausdruck der zwan-

zigjährigen politischen Krankheitsgeschichte dieses Staates« (S. 62). Wer so schreibt, muß selbst absolut gesund sein, sonst wüßte er, daß Gesundheit nur eine relationale Größe ist und im besten Fall aus Abwesenheit von Krankheit besteht. Ansonsten ist dies ein lesenswerter Bericht über die Möglichkeiten und Grenzen nichtparteigebundener Gruppen, in Wahlkämpfen über den Rechtsradikalismus politisch aufzuklären. *W. Sternstein* zeigt in einer Studie über Gandhis Konzeption der gewaltfreien Revolution, daß dieser die Trennung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik dadurch aufgehoben habe, daß er mit den Gesinnungsethikern die ethischen Grundsätze, mit den Verantwortungsethikern den Willen zum Erfolg der Aktion und die Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft teilte, in der er lebte (S. 139). Fundamental unterscheidet sich Ghandi von modernen sozialphilosophischen und -psychologischen Orientierungen von Marx über Freud bis Herbert Marcuse in seinem Freiheitsbegriff. Freiheit bedeutet für ihn nicht die Befriedigung, sondern die Befreiung von Bedürfnissen und Triebansprüchen (S. 154). *R. Niemann* kommt in seinem Bericht über Emanzipationsbestrebungen der Afrikaner in Rhodesien (Zimbabwe) zu dem Ergebnis, daß einzig eine Strategie des gewaltfreien Widerstandes eine Chance hätte, das bestehende System der weißen Herrschaft abzulösen. Diese Überlegung, die sechs Jahre später (nach dem Krieg in Angola) nicht mehr aktuell zu sein scheint, verspricht dennoch mehr als ein von zentralistischen Parteikadern geführter Guerillakrieg, der nach Erhängung der Unabhängigkeit in der Regel zu neuer Unterdrückung führt. Es kommt nicht von ungefähr, daß demokratisch gesinnte Afrikaner sich über einen Teil der westeuropäischen Linken beklagen, weil diese die Schwarzen für unfähig hielten, ihre Gesellschaften ohne Erziehungsdiktatur zu entwickeln. Von erheblicher Bedeutung für Historiker sind die Analysen der Konflikte in Besatzungsregimen im Baltikum (1940–1968), in Dänemark (1940–1943) und in der Tschechoslowakei (1968). Die Nicht-zur-Kennntnisnahme der Geschichte des Baltikums in den letzten Jahrzehnten gehört zu den größten Verdrängungsleistungen in der westlichen Publizistik. In den jäh wechselnden Besatzungsregimen (1940/41 sowjetisch, 1941–44 deutsch und danach wieder sowjetisch) wurde ein kaum vorstellbares Maß an Terror einschließlich Deportationen angewandt, das teilweise die Grenze zum Völkermord überschritt. Nach einem bis 1952 geführten Guerillakrieg werden von den oppositionellen Kräften nur noch Formen des gewaltfreien Widerstandes benutzt (S. 227 ff.). *Ulrich Pochs* Analyse des dänischen Widerstandes zeigt, daß die dänischen politischen Kräfte durch »Anpassung ohne Kollaboration« für eine bestimmte Zeit ihre Hauptziele (keinen »Reichskommissar« und keine Marionettenregierung à la Quisling) erreichten (S. 290). Inwieweit *Eberts* Vergleich dieser erst im August 1943 von der deutschen Besatzungsmacht abgelösten, demokratisch legitimierten Regierung mit der im Frühjahr 1969 in der CSSR von der Sowjetunion eingesetzten Regierung (Husak) stichhaltig ist (S. 206 und 304), bedürfte sehr viel genauerer Untersuchung, als sie Ebert in seinem Bericht über den Widerstand (1968) geben kann. Dazu sind die Ausgangspunkte und der Verlauf des Widerstandes jeweils zu verschieden.

Die Studie von *Rainer Rilling* (»Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD«) enthält eine Reihe nützlicher Informationen über die Aufbauphase der Rüstungsforschung, über das Ausmaß der an Universitäten und Hochschulen betriebenen rüstungsrelevanten Forschungen und über staatliche und industrielle Lenkungsorgane dieser Forschung. Interesse verdient auch die Erörterung des Problems von Rüstungsforschung und dem das Wachstum der zivilen Produktion angeblich so stark befruchtenden technologischen »spin off«. Rilling demontiert einige der in diesem Bereich weitverbreiteten Legenden und kommt hinsichtlich des Verhältnisses von Aufwand für Rüstungsforschung und Entwicklung (FE) und volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten zu einer »negativen Rangkorrelation«: Die USA hat mit dem höchsten relativen und absoluten For-

schungsaufwand in der Zeit von 1950–1962 die geringste Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts im Vergleich zur BRD, zu Frankreich, England, Belgien und Holland – von Japan ganz zu schweigen (S. 190 f. und 201 ff.). Der Studie ist eine ausführliche Dokumentation beigelegt. Während die Untersuchung immer dann ernstzunehmen ist, wenn sie, dokumentarisch belegt, über die Entwicklung der Rüstungsforschung und über Größenordnungen der Rüstungsproduktion berichtet, sind die Grundannahmen, die von der »Vergesellschaftung der Produktion und Forschung« im Rahmen der Kapitalverwertungsmöglichkeiten ausgehen (S. 35 f., 79 u. ö.), nie verifiziert, sondern immer nur behauptet. So löst sich z. B. die ziemlich abgestandene »Monopolgruppen«-Theorie, die von der DDR-Historiographie als Erklärungsfolie für die Genese faschistischer Herrschaft in Deutschland benutzt wird und die Rilling aus unerfindlichen Gründen hier wieder aufwärmt (S. 100 und 108), in Luft auf, weil Rilling selbst zugeben muß, daß in der Auseinandersetzung über die 1966/67 begonnene »neue Forschungspolitik« das »Rüstungskapital« unterlegen ist (S. 112 und 172). Auf ähnliche Weise ist zu fragen, ob der Begriff des Staates als »Rüstungsagentur« (S. 145), der suggerieren soll, die Regierung sei nur Agentin der verbundenen Kapitalfraktionen oder der jeweils stärksten »Monopolgruppe«, ein adäquater Maßstab zur Beurteilung der Realität ist, wenn zugleich eingeräumt werden muß, daß bei den Fusionierungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundeswirtschafts- und der Bundesverteidigungsminister eine »herausragende Rolle« spielten (S. 178), ganz einfach deshalb, weil diese Industrie zu 80 % von Staatsaufträgen lebt. Hier läßt sich die Agenturthese – in der Tendenz zumindest – umkehren.

Unter dem Titel »*Der Friede im nuklearen Zeitalter*« hat Oskar Schatz die Referate und ausgewählte Diskussionsausschnitte eines internationalen Symposiums veröffentlicht, das im September 1968 vom österreichischen Rundfunk veranstaltet wurde. Die Liste der Teilnehmer und Referenten enthält bekannte Namen aus den verschiedensten Disziplinen (u. a. Erich Fromm, Hans J. Morgenthau, Bert Röling, Hans Speier, Ernst Fischer, Christian Graf von Krockow, Alexander Schwan, Friedrich J. Hacker, Gaston Bouthoul, Robert Jungk, Lucien Goldmann, Günther Nenning, Stefan Possony). Obgleich der Gedankenreichtum der meisten Referate nicht sehr groß ist und die Diskussion fast nie an den interessanten Punkt gelangt, wo dazu beigetragen wird, kleine und mittlere Schritte so aneinanderzusetzen, daß sie einen großen, qualitativ anderen Schritt in Richtung auf mehr Frieden ergeben können, ist die Art und Weise von historischem Interesse, in der die aktuellen Ereignisse des Jahres 1968 in die einzelnen Beiträge eingehen und verarbeitet werden (die internationale Jugendbewegung, die Mai-Rebellion in Paris, der Prager Frühling und die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR). Insbesondere in den Beiträgen der »Utopisten« – der Herausgeber ist über den Untertitel des Symposiums (»Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten«) selbst nicht ganz glücklich – wie Ernst Fischer und Herbert Marcuse werden diese Ereignisse und Prozesse als Bestätigung der eigenen Perspektive benutzt. Von Bedeutung bei Herbert Marcuse ist die Überschätzung der damaligen Jugendbewegung und ihrer Möglichkeiten, ihr Potential sofort zu aktualisieren. Marcuses Zentralbegriff ist hier der der »nicht verstrickten Jugend« (S. 93). Möglicherweise enthüllt sich die Bedeutung dieser Jugendbewegung erst lange nach dem Sündenfall, also durch ihre »Verstrickung« in die Probleme der vorgefundenen Welt und der sich daraus ergebenden Chancen, diese zu ändern. Einen der wenigen Beiträge, die über den damaligen Horizont hinausweisen, stellen die Bemerkungen Friedrich Hackers »Zur Psychopathologie der Gewalt« dar. Er macht deutlich, daß die Krankheitsauffindung beim anderen, im Gegenbild, die eigene Gesundheitsbehauptung voraussetze (S. 152). Er kritisiert, daß die soziale Analogie (oder vielleicht sogar Identität moderner Herrschaftsphänomene) mit dem von der

Psychiatrie beschriebenen Modell der *persecuteurs persecutés* bisher kaum beachtet worden sei: »Die durch Technologisierung und psychologische Beeinflussung besonders gefährliche Aggression ist eben die durch Friedenspropaganda übertünchte, welche selbst die Propagandisten in den eigenen Verblendungszusammenhang miteinbezieht und Herrschende wie Beherrschte zu gleichermaßen Düpierten mit unerschütterlich gutem Gewissen umfunktioniert« (S. 155). Die wesentlichste Annäherung von »Realisten« und »Utopisten« wurde in der Diskussion gar nicht aufgenommen (was der Herausgeber zu Recht beklagte), nämlich *Hans J. Morgenthau's* Feststellung, daß man hätte versuchen sollen (statt die Atomkraft für die Zwecke und Ziele des Nationalstaates einzusetzen), diese Ziele den Möglichkeiten nuklearer Kräfte anzupassen. Davon habe man Abstand genommen, denn, um damit erfolgreich zu sein, brauche man eine politisch gefährliche radikale Umwertung traditioneller moralischer Werte, der Art zu denken und der Gewohnheiten zu handeln: »Aber ohne eine solche Umwertung wird man die Paradoxa nuklearer Strategie und die ihr anhaftenden Gefahren nicht bewältigen können« (S. 62). Die Einführung des Schweizer *Daniel Frei* in die Probleme der internationalen Beziehungen (»Kriegsverhütung und Friedenssicherung«) ist im Tenor nüchtern und in der Regel ohne denunziatorischen Beiklang. Sie ist didaktisch gut aufgebaut, kurz, eine Einführung, die die wichtigsten Informationen über Hauptthemen und Problemhorizonte der internationalen Beziehungen vermittelt, die man sich sonst eher mühsam zusammensuchen muß. Dabei bleiben allerdings die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (einschließlich der Probleme der wirtschaftlichen Integration und der multinationalen Unternehmen) wie auch die transnationalen Beziehungen von Parteien, Gewerkschaften etc. aus der Betrachtung ausgeschlossen. In seinen abschließenden Bemerkungen über Grundfragen des internationalen Systems macht Frei deutlich, daß, *systemanalytisch* betrachtet, dieses System Konflikte mit Methoden regle, die gar nicht dem System als ganzem, sondern der Ebene der einzelnen Staaten angehörten; das System werde also mit Mitteln reguliert, die nicht »systemimmanent« sind. Es gebe heute überhaupt kein »internationales System«, das diesen Namen wirklich verdiene, sondern lediglich ein »Staatsystem«. Es handele sich also um ein System mit einer ausgesprochen »primitiven Organisationsform« (S. 246). Dies ist eine Einsicht, die in den positivistischen Untersuchungen der internationalen Beziehungen, vor allem amerikanischer Provenienz, meist kaum in den Blick gerät. Die Rezepte zur Friedenssicherung, die Frei anbietet, beschränken sich allerdings auf das *crisis management*, das die Entfaltung einer Krise zu verlangsamten und ihre Heftigkeit zu dämpfen vermöge. Die sich dort zwischen den Partnern (die überwiegend noch Kontrahenten sind) entwickelnde »Signalsprache der Macht« bildet seiner Meinung nach eine Brücke zwischen dem Konfliktsystem und den integrierten Systemen (S. 249 f.). Dieses Rezept vermag aber die Komplexität des internationalen Nichtsystems kaum zu reduzieren, es sei denn, daß die jeweiligen Signale den Ausbau institutioneller Sicherungen zur Konsequenz haben, die Vertrauenszuwachs bedeuten, was die Komplexität reduziert sowie das Zeitbudget vergrößert, und Konfliktregelungsmechanismen installieren, die das *crisis management* letztlich überflüssig machen, weil dessen Fortdauern latent stets die Drohung oder Anwendung kriegerischer Gewalt als *ultima irratio* voraussetzt.

In dem Sammelband »*Der geplante Frieden*« berichten zwölf deutsche Wissenschaftler einer breiteren Öffentlichkeit über Aufgaben bei der Suche nach den Bedingungen des Friedens in unserer technisierten Welt. *Werner Link* gibt einleitend eine instruktive Übersicht über die wichtigsten Ansätze, weist ihre Einseitigkeiten und Defizite auf und kritisiert indirekt, daß die Friedensforschung in der BRD sich mit Vehemenz auf die Diskussion »begriffstheoretischer Probleme« konzentriert habe. Die sich daraus ergebenden Kontroversen und Polarisierungen erlaubten es kaum noch, von »der« Friedens-

forschung als einer gemeinsamen Unternehmung zu sprechen (S. 11). Er plädiert dafür, künftig den von Gunnar Myrdal im Juli 1969 den deutschen Friedensforschern erteilten Ratschlag stärker zu beachten: »Seien Sie vorsichtig, eine neue Disziplin zu definieren. Suchen Sie lieber in der Geschichte, der Politikwissenschaft, den Wirtschaftswissenschaften usw. Fragestellungen zu finden, die für den Themenkreis Krieg und Frieden wichtig sind [...]« (S. 20). C. von Krockow (»Herrschaft, Politik und Konflikt in geschichtlicher Perspektive«) gibt eine Skizze des in der frühen Neuzeit beginnenden Prozesses der »progressiven Fundamentalpolitisierung«, die synchron zur stets umfassenderen und stets beschleunigten Veränderbarkeit und zu tatsächlichen Veränderungen aller Lebensverhältnisse ablaufe (S. 45). Die Vorstellung, daß die Befriedungsleistung des frühneuzeitlichen Staates auch durch die Analysen einer »zeitgemäßen Friedensforschung« vom Schlage der politischen Philosophie von Thomas Hobbes erfaßt worden sei (S. 47), verrät zwar Originalität, vermindert aber die Bedeutung eines John Locke, dessen Harmonie- und Konfliktmodell über die damalige Epoche hinausweist. Der von H. E. Bahr, H. J. Benedict, Reimer und Marianne Gronemeier verfaßte Beitrag über »Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens« enthält einen interessanten Bericht über die Auswirkungen der amerikanischen Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg auf die Bevölkerung, den Kongreß und die politische Führung. Obwohl die Außenpolitik allgemein als Bereich größter Uninformiertheit und damit Lenkbarkeit gelte, habe das Beispiel der amerikanischen Bewegung gegen den Vietnam-Krieg gezeigt, daß außenpolitische Ereignisse unter bestimmten Umständen, und sofern sie sich unterhalb der Schwelle der Überlebensfrage für die eigene Nation bewegten, »Bildungsschranken unterlaufende Lernprozesse auslösen« könnten, die zu neuer politischer Beteiligung und zur partiellen Aufkündigung von Loyalität führten (S. 82). Ulrich Albrecht beklagt das Fehlen intensiver Forschungen zum Zusammenhang von Militärausgaben, Rüstungsforschung und dem angeblich damit verbundenen wirtschaftlichen Wachstum. Für die Richtigkeit seines Befundes, daß Wirtschaftswissenschaftler in der westdeutschen Friedensforschung Mangelware sind, gibt er selbst, unfreiwillig, ein Beispiel. Die Anfang der sechziger Jahre von Leontieff und Hoffenberg in den USA veröffentlichte Untersuchung über die Frage, wie sich die Arbeitsplatzbeschaffung entwickeln würde, wenn der amerikanische Verteidigungshaushalt plötzlich um 20% gekürzt und das freiwerdende Geld in die zivile Wirtschaft gesteckt würde (das Ergebnis: durch die Rüstungsbegrenzung würden doppelt so viele Arbeitsplätze erzeugt werden, wie aufgegeben werden müßten), versieht Albrecht mit dem Kommentar, es wäre »aberwitzig« anzunehmen, der Geldwert bliebe von den gewaltigen Umschichtungen, die eine Abrüstungsstrategie bedeuten würde, unberührt (S. 181). Wenn es überhaupt etwas Inflationsträchtiges gibt – und das kann man auch als wirtschaftswissenschaftlicher Laie erkennen –, dann ist es die Rüstungswirtschaft, durch die immer von neuem Kaufkraft geschaffen wird, ohne daß dieser von den einzelnen Bürgern konsumierbare Güter gegenüberstehen.

Der Wert solcher Sammelbände liegt in der politisch-pädagogischen Wirkung auf die Öffentlichkeit. Er ließe sich vergrößern, wenn der da und dort zutage tretende Dilettantismus in der Analyse der Wirklichkeit verkleinert werden könnte.